

VORWORT

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. III - Juni 1989

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Inhalt
Pfungstcamp
der Jungsozialisten
Seiten 4 und 5
40 Jahre BRD
Seite 3
Der Weg zur sozialistischen Demokratie
Seite 9

Nein zum Euro Der Konzern Für ein sozialistisches Europa

Mit dem Schlagwort „EG-Binnenmarkt '92“ geht das in Europa ansässige multinationale Kapital in die Offensive: Im schärfer gewordenen Wettbewerb zwischen den Machtblöcken USA, Japan und Europa wollen die Euro-Multis die Nase vorn haben. Hauptverlierer hierbei: die Arbeiter, die Jugendlichen, die Umwelt und die Bevölkerung der „3. Welt“. Denn, mithalten auf dem Weltmarkt“ heißt rationalisieren, Arbeitsplätze „abspecken“, Arbeiter-Schutzrechte und Umweltvorschriften abbauen und Billig-Importe aus der „3. Welt“ stoppen.

Die europäische Arbeiterbewegung muß eine schlagkräftige Gegenwehr organisieren. Eine starke Vertretung der SPD und der anderen Arbeitermassenparteien im Europäischen Parlament ist für den Aufbau dieser Gegenmacht wichtig. Unsere Vertreter im Euro-Parlament müssen ihre Wahl als Auftrag begreifen, um die Zieg-Millionen Mitglieder und Anhänger der Gewerkschaften und Arbeiterparteien zu einer einheitlich handelnden, geballten Kraft zusammenzuschließen.

Allerdings wird das Europaparlament die tatsächliche Entwicklung in Europa kaum beeinflussen können. Selbst wenn es so viele Rechte in Europa hätte wie der Bundestag in der BRD, würde die wirkliche Macht immer noch in den Chetagen der Großbanken und Großkonzerne liegen. Sie entscheiden, wo und wie investiert oder Kapital abgezogen wird. Sie spielen Belegschaften, Gemeinden und Regierungen gegeneinander aus und entwickeln immer bessere Tricks, um Arbeiterrechte und Umweltvorschriften zu umgehen.

Die Gegenwehr muß vor allem von den Betrieben und Gewerkschaften ausgehen. Konzernweite Zusammenschlüsse von Vertrauensleuten und Betriebsräten, die in direktem Kontakt miteinander stehen, können hierbei eine drohende Spaltung überwinden.

Als 1984 IG Metall und IG Druck und Papier in einer ersten großen Streikbewegung für die 35-Stundenwoche kämpften, organisierten die belgischen Gewerkschaften einen 15minütigen Solidaritätsstreik. Wenn, wie es die IG Metall-Spitze bereits angekündigt hat, im nächsten Frühjahr ein großer Streik um die 35-Stundenwoche nicht zu umgehen ist, dann könnte dies ein Signal an alle europäischen Gewerkschaften sein, um dieses Ziel aufzugreifen und gleichzeitig durchzusetzen.

Eine Zusammenarbeit der großen Gewerkschaften muß unabhängig von ihrer politischen Tradition zustandekommen. Wenn, wie jüngst in Spanien und Italien, einheitliche Generalstreiks aller Richtungsgewerkschaften

(vor allem der sozialistischen und kommunistischen) möglich wären, dann muß dies auch europaweit möglich sein.

Die Probleme von Arbeitern und Jugendlichen sind in fast allen Län-

dern dieselben. So hat zum Beispiel die Krise bestimmter Branchen sowie die Spar- und Privatisierungspolitik europaweit fast gleichzeitig starke Gegenbewegungen hervorgerufen: Kämpfe bei Kohle, Stahl und Schiffbau; Widerstand gegen Privatisierung im Post- und Fernmeldebereich; Bewegungen der Krankenpfleger und -schwestern; Streiks von Lehrern, Schülern und

Studenten gegen eine Verschlechterung im Bildungswesen. Jetzt sind die Gewerkschaftsführer Europas gefordert, um Aktionen und Streiks zu koordinieren und den Mitgliedern so mit ihrer Stärke zu zeigen und die Kraft internationaler Solidarität zu beweisen.

Der Kampf gegen ein Europa der Konzerne und für ein sozialistisches Europa wird nicht mit europäischer Sonntagsreden gewonnen. Eine sozialistische Politik durch die in vielerlei Staaten, Regionen und Städten regierten Arbeiterparteien muß her! Dafür müssen wir uns in der SPD einsetzen.

Hans-Gerd Öfinger
Jungsozialist



Zum Kampf gegen die Konzerne müssen Gewerkschaften und Arbeiterparteien europaweit zusammenarbeiten.

Kampf gegen Neonazis Demonstrieren ist nur der erste Schritt

Nach den Wahlerfolgen der Neonazis in Berlin und Hessen gingen Tausende auf die Straße und protestierten gegen das Wiederaufkeimen des Faschismus. In unzähligen Aktionen wurde auch schon in früheren Jahren gegen das Auftreten von NPD, FAP und anderer faschistischer Organisationen demonstriert. Dadurch wurde gezeigt: Die Neonazis sind immer noch eine kleine Minderheit in der Gesellschaft, die große Mehrheit lehnt ihre Ausländerhetze und ihre Demagogie ab.

Aber diese Proteste haben nicht verhindert, daß die Neonazis seit 1968 zum ersten Mal wieder in die Parlamente einziehen konnten, weiter laut haben und daß zum Beispiel am 20. April 1989 („Hitlergeburtstag“) viele ausländische Eltern in Hamburg ihre Kinder nicht zur Schule geschickt

haben - aus Angst vor Übergriffen von Neonazis. Wirksame Methoden, um sie zu bekämpfen, sind notwendig.

Eine massive Aufklärung durch SPD und Gewerkschaften über den faschistischen Charakter dieser Parteien ist erforderlich. Warum nicht et-

ne bundesweite Postwurfsaktion gegen die Neonazis durchführen? Damit werte man diese Parteien nur unnötig auf, hört man manchmal. Aber viele Wähler sind sich nicht über den wahren Charakter dieser Parteien, ihre engen programmatischen und persönlichen Verbindungen zu den Nationalsozialisten im klaren. Republikanervorsitzender Schönhuber war Unterschriftführer der Waffen-SS und wirkte in seinem Buch „Ich war dabei“ um Verständnis für Hitler. Wer meint, die Neonazis könnte man durch totschweigen aus der Welt schaffen, der hat aus der Geschichte nicht viel gelernt.

Wo die Neonazis auftreten wollen, müssen sie durch massive Gegenmobilisierung von SPD und Gewerkschaften daran gehindert werden. Ein gutes Beispiel: Im Januar diesen Jahres verhinderten über 3000 Demonstranten die Gründung eines Landesverbandes der DVU in Schwelm bei Wuppertal. Von einigen Linken wird immer wieder der Vorschlag gemacht, im Kampf gegen die Neonazis mit allen sogenannten fortschrittlichen, demokratischen Kräften in einem Bündnis zusammenzuarbeiten. Gemeint sind damit auch Teile von CDU, FDP und Unternehmerverbänden. Auch wenn diese Herrschaften sich in Worten von den Republikanern oder DVU distanzieren, führen wir nicht übersehen, daß es ihr Wirtschaftssystem und ihre Politik ist, die überhaupt erst zum Wiedererstarken der Neonazis geführt hat.

Duß die Nazis wieder auftauchen, hat ganz konkrete Ursachen: Wohlstand, Arbeitslosigkeit, neue Ar-

beitswirtschaftssystem, das nicht einmal in Aufschwungzeiten in der Lage ist, Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen.

Noch sind es nur wenige, die auf die sichtbar Rattenfänger hereinfallen. Es werden mehr werden, wenn das Übel nicht an der Wurzel gepackt wird. We Neonazis bekämpfen will, der darf beim Demonstrieren nicht stehenbleiben, der muß in der SPD mit dafür kämpfen, daß Reformen durchgesetz werden, auch gegen die Interessen der Kapitalis. Wenn die Politik der Faschisten führen würde, wenn es nur nach ihnen ginge, sieht man in ihrem Grundsatzprogramm: Republikaner, DVU-Liste D und FAP fordern den Bau von Zivilschutz bunkern und deren Ausstattung mit Vorräten um ihren nächsten Krieg, den Bestand der deutschen Völker zu erhalten.“ Es gibt viel wegzuräumen - packen wir es an.

Günter Baumel, Aachen
Jungsozialist

Der Kommentar China

Mitte der 70er Jahre wurde nach dem Tod Maos auch in China ein Art Petroska eingeführt, d.h. mehr Markt, Öffnung für westliche Investoren, Verurteilung der Kulturrevolution, Liberalisierung und Zulassung von Kritik. Einer der Architekten dieses neuen Kurses war der damalige neue starke Mann, der inzwischen 84jährige Deng Xiao Ping. Doch gerade er ist heute Hauptzeitscheibe der größten Demonstrationen, die China seit der Revolution 1949 erlebt.

Wie wir in VORAN Nr. 110 (5/89) schrieben: „...der Reformkurs hat ja nicht nur wirtschaftlichen Fortschritt versprochen, sondern auch mehr Demokratie. Wenn diese beiden Hoffnungen enttäuscht werden, werden dies die chinesischen Arbeiter und Bauern nicht kampflos hinnehmen. Sie werden immer deutlicher erkennen, daß die Bürokratie das eigentliche Hemmnis darstellt. Diese Erkenntnis wird der Beginn der politischen Revolution in China und der Ausgang von Ende der Bürokratie sein.“

Diese Perspektive hat sich rasch bewährt. Die sozialen Unterschichteläufen weiter denn je auseinander, sei die offizielle Parole „Arbeitler und werdet reich“ ausgegeben wurde. Reich wurden vor allem Partifunktionäre, Schwarzmarktspekulanten und eine neue Schicht kleiner bis mittlerer Fabrikbesitzer und Bauern.

Auf politischem Gebiet hat die Liberalisierung auch in China nichts an Bürokratie, Vetternwirtschaft, Korruption und der Beherrschung des Staatsapparates durch die Kommunistische Partei geändert.

Der Protest der Studenten ist vor diesem Hintergrund zu sehen und kam keineswegs wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Bereits 1988 gab es 900 Demonstrationen und 150 inoffizielle Streiks sowie die nationalen Urhnen in Tibet. Unter der Oberfläche der chinesischen Gesellschaft starte sich große Unzufriedenheit an, sie sich jetzt in den Massenbewegungen vor allem der Jugend Bahn brach.

Die Forderungen der jugendlichen Demonstranten zielen dabei keineswegs auf die Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse; im Gegenteil. Sie wehren sich lautstark gegen entsprechende Verleumdungen in der Parteipresse. Bei Demonstrationen haben sie deshalb auch bewußt immer wieder die „internationale“ gesungen. Ihre Forderungen zielen vielmehr gegen Bürokratie und politische Unterdrückung. Slogans wie „China ist ein großes Gefängnis“ oder „China gehört dem Volk, nicht der Führung“ waren auf den Demonstrationen zu hören.

Selbst die Korrespondentin der bürgerlichen „Financial Times“ kommt nicht um die Feststellung herum: „Die Studenten sind nicht versessen darauf, das kommunistische System zu stürzen. Ihr Ziel ist, die von ihnen verachteten Führungspersonen zu beseitigen und sie durch ehrliche und anerkannte Funktionäre zu ersetzen. Sie sagen jedoch auch, daß sie nicht sicher sind, ob es diese überhaupt gibt.“ (18.5.89)

Bemerkenswert ist auch die Disziplin und gute Organisationsfähigkeit der Jugendlichen. Bisher gab es keinerlei Krawalle oder Plünderungen. Zeitweise kontrollierten die Studenten das gesamte öffentliche Leben in der Innenstadt Pekings.

Instinktiv suchten sie auch Kontakt zu den Arbeitern in den Betrieben, weil viele von ihnen richtigerweise erkennen, daß letztlich nur die Arbeiterklasse im Bündnis mit den kleinen Bauern die Kraft hat, die chinesische Gesellschaft grundlegend zu verändern. Eine Reihe von Betrieben hat sich auch an den Millionen Menschen ummassenden Demonstrationen aus Anlaß des Gorbtschow-Besuchs in Peking beteiligt. Insofern ist der Funke bereits übergessungen.

In Teilbereichen mußte die Produktion heruntergefahren werden, weil die Arbeiter an den Demonstrationen teilnahmen; so die 70.000 Arbeiter des Shoudu-Stahlkombinats oder die Beschäftigten der Papierfabrik Nr. 1. Die Pekinger Verbrennungsmotorenfabrik mußte die Produktion ganz einstellen.

Doch noch steht die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit eher beobachtend am Rande der Ereignisse, wenn sie auch überwiegend voll hinter den Forderungen der Studenten stehen. Selbst untere Ränge von Polizei und Armee zeigten von Anfang an offen Sympathie für die Jugendlichen.

Die neue Qualität der jetzigen Auseinandersetzungen brachte der Manager einer chinesischen Handelsfirma gegenüber einem Reporter auf den Namen: „Es ist ganz anders als die Kulturrevolution. Damals kam die Revolution von oben, jetzt kommt sie von unten.“

Die Führung der chinesischen Bürokratie ist über das weitere Vorgehen zuletzt gespalten. Die Versuche, der Lage durch Kriegsrecht und Militäreinsatz wieder Herr zu werden, sind bisher sowohl wegen der Blockaden der Studenten und Arbeiter, vor allem aber auch wegen der Weigerung vieler Soldaten, gescheitert.

Natürlich kann die Protestwelle nicht ewig auf diesem hohen Aktionslevel bleiben, vor allem dann nicht, wenn sich die Masse der Arbeiterklasse nicht aktiv und führend einschaltet. Zwar diskutieren die Arbeiter in Schanghai die Möglichkeit eines Generalstreiks. Aber isoliert in einer Stadt wird dieser nicht zum Erfolg führen, vor allem auch nicht, wenn die notwendige politische Stoßrichtung – nämlich Sturz der gesamten Bürokratie und Aufbau einer Arbeiterdemokratie – den Akteuren selbst noch unklar ist.

Aber wie immer die chinesische Führung die jetzigen Proteste beenden wird, ob durch Zugeständnisse oder durch eine Mischung aus Zugeständnissen und Unterdrückung: sie werden tiefe Spuren im Bewußtsein der Jugend und der Arbeiterklasse hinterlassen und über kurz oder lang zu erneuten Kämpfen führen. Die Furcht vor der allmächtigen Bürokratie ist einem neuen Selbstbewußtsein gewichen. Insofern markieren die Ereignisse den Beginn des Prozesses der politischen Revolution in China. 24.5.89

Fusion Daimler-MBB Wer hat im Staat das Sagen?

Während die Politiker große Reden halten über die 40 Jahre Souveränität der Bundesrepublik durch das Grundgesetz, zeigt sich die wahre Macht hierzulande. Der Bundeswirtschaftsminister wird aufgefordert, in Fall Daimler den im Grundgesetz verankerten Schutz gegen Machtkonzentration außer Kraft zu setzen – „im überragenden Interesse der Allgemeinheit“.

Ob Haussmann die Fusion von MBB mit Daimler billigt oder das Verbot vom Kartellamt akzeptiert, wird wie eh und je davon abhängen, wieviel Druck von den Auto- und Rüstungsriesen einerseits und von den Nachbarchefen andererseits ausgeht wird. Der stärkste Druck entscheidet, wie immer, über die Politik der FDP.

Allerdings stellt diese Machtsammlung allerdings und die sich beschleunigende Fusionswelle eine politische Herausforderung an die Befürworter der „sozialen Marktwirtschaft“ in der SPD dar. Denn mit der Illusion des „freien Wettbewerbs“ von vielen von einander unabhängigen Firmen als Grundlage der Demokratie hat die Wirklichkeit schon längst aufgeräumt. Eine kleine Zahl von Monopolen und Multis beherrscht das wirtschaftliche und damit das politische Leben in der Bundesrepublik.

Nach der Übernahme von AEG, Dormier und MTU will Daimler-Benz jetzt den nächst-größten Rüstungskonzern MBB aufkaufen. MBB selbst ist schon an Krauss Maffei beteiligt und durch die Tochterfirma Raketen-technik GmbH mit Diehl verbunden. Die Hälfte des MBB-Umsatzes kommt durch das Militär, 80% ihrer Aufträge sind staatliche.

Staat im Staate

Durch die Daimler-MBB-Fusion, oder selbst nur durch deren Zusammenarbeit, entsteht ein militärisch-industrieller Komplex. Getrübt wird dann nicht aus militärisch-strategischen Überlegungen, sondern aus privatwirtschaftlichen Gründen, wobei eine oder zwei Gruppen das Sagen haben. Infolgedessen käme Abrüstung nicht mehr in Frage. Daimler-MBB könnte die Verteidigungspolitik der BRD erheblich beeinflussen, wie das



Durch die Fusion könnte Daimler/MBB die Verteidigungspolitik der BRD stark beeinflussen, jetzt schon bei den Rüstungsgiganten in den USA der Fall ist.

Übertreiben? Matthias Kleinert war Regierungssprecher in Baden-Württemberg, jetzt ist er bei Daimler. Er sagt: Die Politiker bestimmen die Rhetorik, die Industrie bestimmt die Realität.

Aus den Gewinnen, die Daimler durch die 360.000 Kollegen erwirtschaftet, bezahlt allein dieser Konzern 10% der gesamten Körperschaftssteuererinnahmen der BRD. Nach der Fusion mit MBB würde der Umsatz einer einzigen Firma fast 4% des westdeutschen Bruttosozialproduktes darstellen. Hinter dem Auto-Konzern steckt die Deutsche Bank, mit einer Beteiligung von 28% der einflußreichste Teilhaber. Deren Bilanzsumme von 300 Milliarden DM jährlich überschritt den Umsatz der „Firma BRD GmbH“ erheblich. Kontrolle über diesen Staat im Staate haben die Wähler allerdings nicht.

„Unternehmerisiko“

Konzernchef Reuter sieht die großen Gewinne im Rüstungsbereich. Naive Vorstellungen von „Unternehmerisiko“ und Kontrolle durch die freie Marktwirtschaft gibt es dort einfach nicht mehr. Der Staat bezahlt die Entwicklungskosten, die Industri-

geschritten, daß heute nur eine Handvoll Großkonzerne den Markt beherrscht.

Daß der „faire, freie“ Wettbewerb vorbesteht, bestätigt Bundeskartellamtpräsident Wolfgang Korte. Es gebe ein Zwei-Klassensystem: Eins für die kleinen Fische, eins für die großen Haie wie Kohle, Stahl, Wertien, aber auch Auto, Atom, Elektronik, Luft- und Raumfahrt. „Der Staat nimmt sich dieser Schlüsselindustrien an. Die andere Klasse, das sind die normalen Unternehmen; der ganze Mittelwarenindustrie, der ganze Mittelstand. Diese Unternehmen sind dem normalen Wettbewerb ausgesetzt. ... Es gibt wissenschaftliche Rechnungen, die besagen: Deutlich weniger als 50% der Wertschöpfung in der BRD werden noch in vollem Wettbewerb, die anderen 50% entweder ohne oder mit beschränktem Wettbewerb erarbeitet.“

Vor dieser Entwicklung sind Regierungen, Behörden und das Kartellamt machtlos. Sie ist unumkehrbar. Gegen



„Die Politiker bestimmen die Rhetorik, die Industrie bestimmt die Realität“ - Kurzerlebers Reuter und Korte.

Der Staat kann Satelliten, Raketen und Raumgleiter dann nur noch bei einer Adresse bestellen“, meint der SPIEGEL. „Nach Darstellung des Bundeskartellamtes würden Daimler-Benz und MBB künftig etwa 67% der Militäraufträge als Generalunternehmer oder als nationaler Hauptauftragneher kontrollieren. Ihr Anteil am Volumen der Entwicklungsaufwendungen

alle Wünsche von Grünen und SPD-Politikern nach Entflechtung und Förderung von Klein- und Mittelunternehmen wird sie sich auch international noch rascher fortsetzen, denn sie „steigert die Effizienz und ermöglicht Kostenreduzierungen, weil Doppeltätigkeit in der Forschung und Entwicklung entfallen.“ (Daimler) Dieser Vorteil der Großindustrie könnte durchaus dem „überragenden Interesse der Allgemeinheit“ dienen, allerdings nur unter einer Voraussetzung: wenn diese „Allgemeinheit“ auch die demokratische Kontrolle über die Konzerne hat. Die Herrschaft der 200 großen Monopole über die Wirtschaft muß durch Verstaatlichung gebrochen werden, und zwar verbunden mit demokratischer Kontrolle durch gewählte Vertreter der Belegschaften, Gewerkschaften und den Staat.

Im Falle MBB besitzen Hamburg und Bremen 28% der Aktien. Diese Macht sollten sie benutzen, einer Fusion nur unter einer Bedingung zuzustimmen: der Verstaatlichung des Konzerns.

Brenn Kennedy, Hamburg
SPD-Mitglied

Auszug aus dem Godesberger Programm der SPD

Ein wesentliches Kennzeichen der modernen Wirtschaft ist der ständig sich verstärkende Konzentrationsprozeß. Die Großunternehmen bestimmen nicht nur entscheidend die Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards, sie verändern auch die Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft.

Wer in den Großorganismen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus. Die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten geht weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus.

Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. Wer nicht über gleiche

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfninger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221/134504

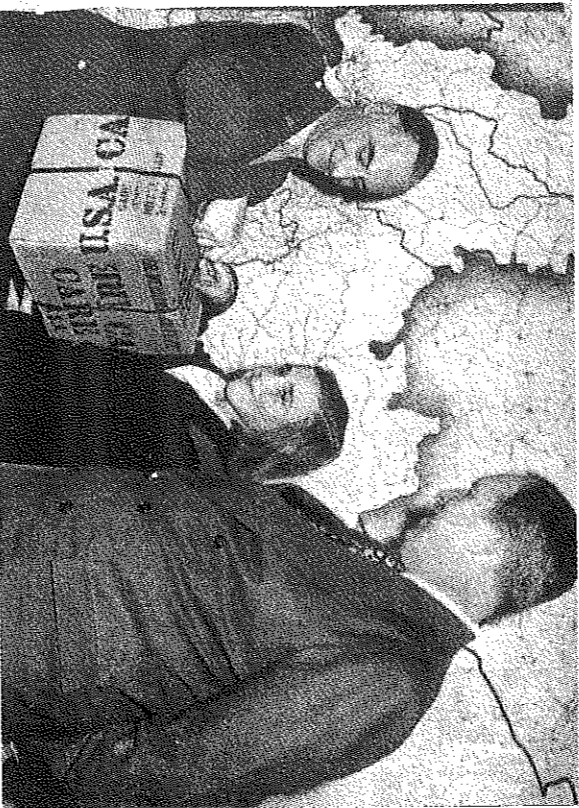
Bankverbindung: P/GiroA Essen, Konto-Nr. 2500 59-430

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstr. 26-28, 4300 Essen 11

40 Jahre Bundesrepublik Für uns kein Grund zum Feiern

40 Jahre Bundesgesetz, 40 Jahre Deutscher Bundestag usw. - in diesem Jahr werden wir von den Herrschenden in der BRD überflutet mit Jubiläumsfeiern. Die deutsche Bourgeoisie feiert, daß sie die für sie kritische Zeit zwischen 1945 und '52 überlebte und daß ihr kapitalistisches System seitdem auch weiter bestehen blieb.

Die vier Jahre zwischen der Niederlage des Faschismus und der Gründung der BRD waren eine Zeit der Kämpfe der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus. Die deutsche Bourgeoisie war völlig demoralisiert. Diese Zeit begann mit der Reorganisation der Arbeiterparteien SPD und KPD, der Wiederübernahme der Industrie durch die Arbeiter selbst und der Verwaltung des öffentlichen Lebens durch antifaschistische Komitees, die sich vor allem aus SPD- und KPD-Arbeitern zusammensetzten. Viele Arbeiter waren aktiv in Massenstreiks gegen Demonstrationen und für die Sozialisierung der Großindustrie.



Der sich hier so menschenfreundlich gebende General Clay verhinderte quasi als Diktator von US-Gnaden eine wirkliche Neu-Ordnung auf dem Gebiet der späteren BRD.

Wackersdorf und die Bundesregierung

Marionetten der Atomlobby

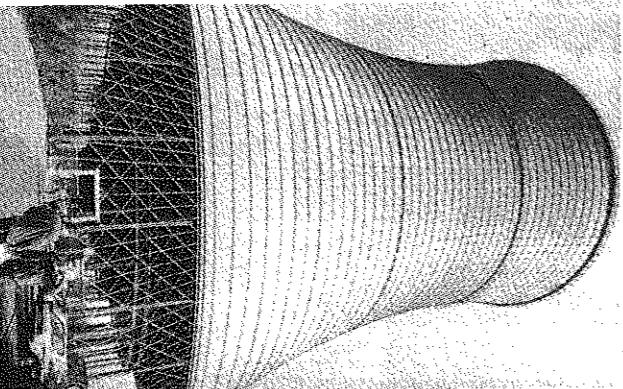
Der Betrieb der Wiederaufbereitungsanlage ist sicherheitstechnisch verantwortlich und für eine Industriemission unverzichtbar. (...) Es besteht eine strikte Befehlslage. Wir können und dürfen nicht anders handeln, als so schnell wie möglich eine Wiederaufbereitungsanlage zu bauen."

So tönte Günther Scheuten, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK), im Mai 1986. Für den Fall, daß eine SPD-geführte Bundesregierung das Projekt stoppen würde, kündigte er Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe an. Drei Jahre später will die Atomindustrie von Wackersdorf nichts mehr wissen.

Originalton Veba-Chef Bennigsen-Foerder zum Ausstieg aus Wackersdorf: "Wir haben die Chance, die heißgeliebte Diskussion über die Kernenergie in der Bundesrepublik zu entlasten. Was steckt hinter diesem Singswandel?"

Militärdenkmal

Ursprünglich sollte die WAA fünf Milliarden DM kosten. Inzwischen wird das Doppelte veranschlagt. Die "Schnellen Brüder" (Kalkar) funkcionieren nicht. Dadurch verliert die WAA den Hauptabnehmer für Plutonium. Außerdem hat die Betreibergesellschaft der französischen WAA in La Hague der deutschen Atomindustrie angeboten, ihre abgebrannten Brennstäbe zu einem Preis wiederanzubieten, der nur 1/3 dessen beträgt, was sie für Wackersdorf zahlen müßte. In Frankreich hat die Atomindustrie noch nicht mit einer breiten Pro-



Kühlturm des THTR Hamm-Untrop: SPD-Landesregierung machte Rückzieher.

Kämpfen, der Kampf mit der Technik brennt jedoch auch dort den Ausbau der Kernenergie. Deshalb hat die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague Überkapazitäten und kann Atommaterial aus anderen westeuropäischen Staaten und Japan aufnehmen. Der relativ niedrige Preis erklärt sich auch aus niedrigen Sicherheitsstandards und technischer Überlegenheit.

Während der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Untrop wenigstens seine Störfähigkeit beweisen darf, ist Wackersdorf also lange vor Fertigstellung unrentabel geworden. Den Steu-

der Landesverfassung gestrichen, der die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien als Auftrag festhält. 72% der besseren Bevölkerung hatten sich in einer Volksbefragung für die Verstaatlichung ausgesprochen. Die deutschen bürgerlichen Politiker nahmen es gerne in Kauf, die Befehlsmißlingen der Alliierten zu sein, wenn sie ihre Klasse damit retten konnten.

Anweisungen aus den USA

Heute sind in den Geschichtsbüchern nur noch feierliche Versammlungen angesprochen und zu sehen, z.B. die Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat am 23. Mai 1949. Die Ausarbeitung einer Verfassung wurde von den Westalliierten befohlen und auch die schnelle Verabschiedung.

Ein anderes Beispiel ist der in der amerikanischen Besatzungszone von 1945 bis 49 bestehende Länderrat, der Vorläufer des heutigen Bundesrates. General Clay, praktisch Diktator in der amerikanischen besetzten Zone, löste diese Institution 1948 einfach auf, weil er befürchtete, diese würde gegen seinen Willen ein Betriebsrätegesetz mit weitgehenden Mitbestimmungsrechten beschließen. So wichtig waren also unsere deutschen Politiker "der ersten Stunde" gar nicht, wie sie es gerne hätten. Was sie taten, kam durch Anweisung vor allem der USA.

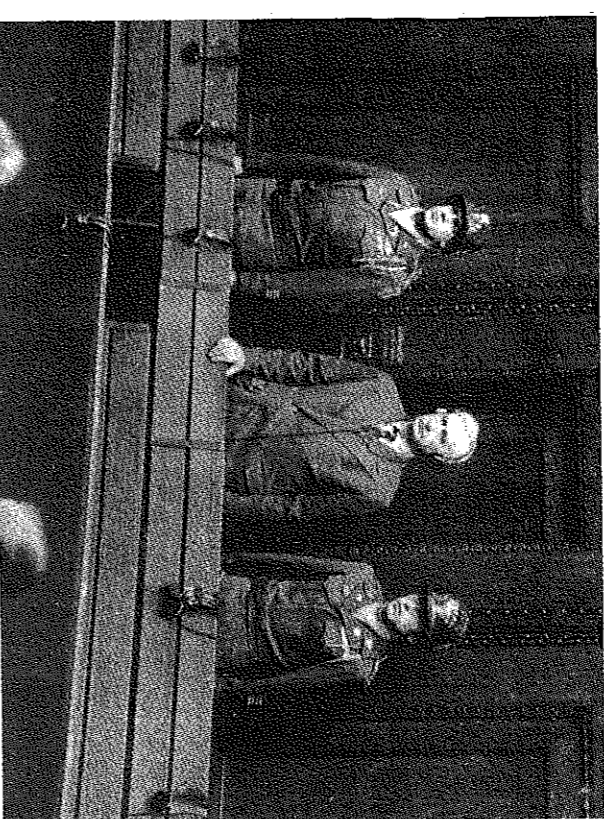
Die Besatzungsmächte gingen nicht nur mit administrativen Mitteln gegen die Arbeiter vor, sie kämpften auch ideologisch. Ihre wichtigste Waffe war die Kollektivschuldtheorie. Danach hat das gesamte deutsche Volk die Verantwortung für die Nazi-Verbrechen zu tragen. Das heißt, daß die Verantwortung der Kapitalisten, vor allem des Großkapitals für den Faschismus verschleiert wurde.

"Enthnazifizierung"

So fand auch in Wahrheit keine Enthnazifizierung statt. Die Alliierten und später die westdeutsche Regierung selbst stützten sich auf Nazi-Verbrecher, die sich über Nacht in "Demokraten" verwandelt hatten. Eine wirklich gründliche Enthnazifizierung hätte nur durch die von den Arbeitern getragenen Antifa-Komitees und Be-

triebstrate durchgeführt werden können, wenn diese polizeiliche und richterliche Befugnis gehabt hätten, d.h. durch und nach der sozialistischen Umwälzung.

Ein drastisches Beispiel, das aber nur stellvertretend für viele tausend andere Fälle steht, war Hans Globke. Er war bis 1945 Ministerialrat im Reichsinnenministerium, Mitverfasser und -kommentator der antisemitischen "Nürnberger Gesetze", also einer der Nazi-Chefideologen. Fortsetzung seiner Karriere: 1949 wurde er Ministerialdirektor, dann Staatssekretär im Bundeskanzleramt, war zuständig für den Bundesnachrichtendienst und die personelle Restauration des Beamtenapparates. Weiter war er zuständig für den geheimen Haushaltsmittel 300, über den aus Steuergeldern zahlreiche rechtskonservative und



Zwar hatten sich einige Größen der Industrie - hier Flick - und des Hitler-Staates in den Nürnberger Prozessen zu verantworten, aber schon sehr schnell konnten sie ihre Karriere fortsetzen.

rechtsradikale Gruppen und Publikationen finanziert wurden. Für dieses abwechselungsreiche Leben im Dienste des Kapitals erhielt er 1963 das Große Bundesverdienstkreuz.

Warnungen des Kapitals

Wenn die kapitalistische Gesellschaft mehr und mehr in die Krise kommt, beginnen die bürgerlichen "Demokraten" mit dem Abbau demokratischer Rechte - vor allem, wenn sie den Arbeitern nutzen. Über Änderung des Grundgesetzes und Verschärfung der Gesetze schafften sie sich die gesetzlichen Grundlagen für gewaltsames Vorgehen gegen kämpfenden

SPD-Spitze den Ausstiegsbeschluß nicht ernst nimmt, ist die Baugenehmigung für die Erweiterungsarbeiten in Gronau. Dort steht die einzige bundesdeutsche Urananreicherungsanlage. Sie soll ihre Kapazität von 400 auf 1000 Tonnen jährlich steigern. Die SPD-Landesregierung stellt sich damit für Jahrzehnte auf einen Weiterbetrieb von Atomkraftwerken ein.

Für eine alternative Energieversorgung

Um radioaktive Katastrophen bei Anreicherung, im Reaktor, bei Transport und Endlagerung zu verhindern, ist der Ausstieg aus der Kernenergie unumgänglich. Gleichzeitig brauchen

de Arbeiter. Dies war z.B. der Hintergrund für die Verabschiedung der Notstandsgesetze 1967.

Nach für die Arbeiter verlorenen Kämpfen um 1949 wurden zwar noch Reformen wie vor allem die Mitbestimmung erreicht, aber der bürgerliche Staat versuchte sofort, die Rechte der Arbeiter so weit wie möglich zu beschneiden. Wichtige Ereignisse waren einmal das Verbot der KPD 1956, das zwar eine im Einfluß geschrumpfte Partei traf, gleichzeitig aber vor allem als Warnung an die ganze Arbeiterbewegung gedacht war. Zum zweiten kann man das Urteil des Bundesgerichtshofes von 1955 hervorheben, daß auch Massen- und Generalstreiks sowie Massendemonstrationen Gewalt im Sinne der Hochverratsstatbestände sein können. Auch dies war als Warnung gedacht.

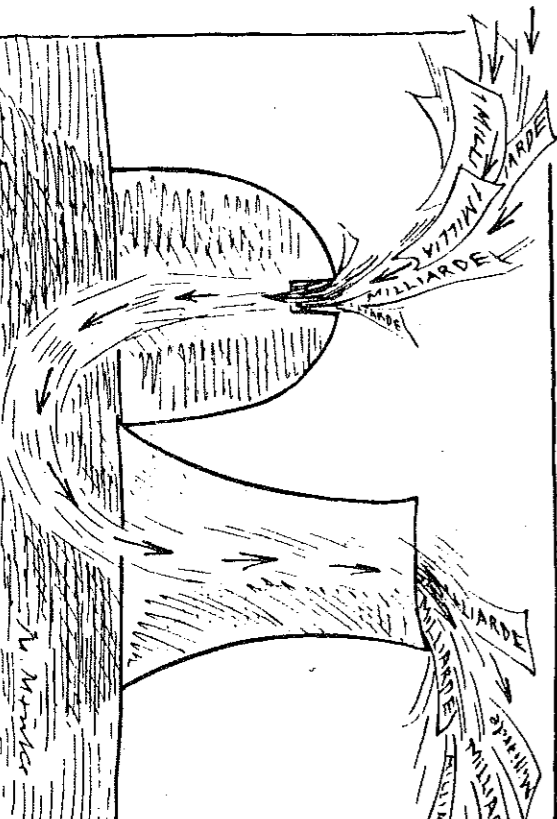
Dies konnte sich der Staat aber nur erlauben, weil viele Arbeiter wegen des Nachkriegsentschwungs in den 50er und 60er Jahren auch unter kapitalistischen Bedingungen eine bessere Zukunft für sich sahen. Diese Zeiten sind aber vorbei: 1989 gibt es nicht nur verzagte Jubiläen, sondern auch streikende Krankenhäuser, Beamte, Drucker u.a. Immer mehr Arbeiter und Jugendliche werden in Zukunft in Kämpfe gezogen, weil sie ihre Situation verbessern müssen und wollen. Wir Marxisten kämpfen mit ihnen und feiern nicht mit der Bourgeoisie.

Bruno Hof, Köln
Jungsozialist

wir eine umweltfreundliche Energieversorgung. Die durch ihren Aufbau entstehenden Arbeitsplätze sowie Arbeitsplätze in Wohnungsbau, Umweltschutz usw. können wir denen anbieten, die jetzt in der Atomindustrie arbeiten.

Die Atomlobby wehrt sich gegen diese Lösung, weil günstige Exportchancen und eine käufliche Regierung hohen Profit garantieren. Wir brauchen also die staatliche Planung einer Regierung, die nicht auf der Seite des Kapitals steht. Wir brauchen internationale Solidarität gegen die Politik der Atomkonzern.

- Keine Ausbeutung von Entwicklungsländern durch Uranabbau durch Wiederaufarbeitung oder Endlagerung von Atomabfall!
- Restlose Verstaatlichung und Organisation der Energieversorgung unter demokratischer Arbeiterkontrolle!
Joachim Eyberg, Stuttgart
Jungsozialist



Unsere Freundschaft ist grenzenlos. Mensch sein: Gegen rechts sein" - unter diesem Motto stand das diesjährige Pfingstcamp der Jungsozialisten in Saarbrücken. Ca. 2600 Besucher, darunter Jugendliche aus Spanien, Italien, Ungarn, Bulgarien, Österreich und der DDR, suchten Unterhaltung, Erfahrungsaustausch und politische Informationen.

Aber das Angebot an Workshops, Foren und Besichtigungsfahrten war schon fast zu reichhaltig. „Es läuft so viel gleichzeitig, daß man sich kaum entscheiden kann, was man wahrnehmen soll und was nicht“, meinte ein Genosse aus Bochum. So kam es, daß viele der Foren nur relativ schwach besucht waren.

In einem unfreiwilligen Lehrstück in Sachen Europa geriet die Besichtigungsfahrt zum fran-

zösischen Kernkraftwerk Cattenom. Durch die Polizei eines europäisches, von sogenannten Sozialisten regierten Staates, wurde die Besichtigung - wohl aus Angst vor einer Demonstration - verhindert.

Es gab leider keine gemeinsame Auftakt- oder Abschlussveranstaltung. Das war schade, besonders weil so die Kraft, die über zweieinhalbtausend Jugendliche darstellten, nicht deutlich wurde.

Das Material von VORAN - besonders auch die Broschüre zu Europa - fand großen Anklang. Bernd Strauß, ein Schütler aus Schleswig-Holstein, meinte zur Zeitung VORAN: „Was man im negativen Sinne unter ‚marxistisch‘ erwartet, da haben sich meine Befürchtungen nicht erfüllt. Sie war sachlicher, als erwartet. Sie gibt neue, zusätzliche Argumente.“

Das Pfingstcamp Saarbrücken: Drei Tage Politik und Unterhaltung

Gemeinsam Kohlregierung stürzen

„Du bist der Erste!“ Mit diesen Worten wurde am ersten Abend des Camps ein Genosse aus Schleswig-Holstein krakenhaunreif geschlagen. Die Polizei vermutete, hier seien Rechtsextremisten am Werk gewesen. Glücklicherweise blieb dies der einzige derartige Zwischenfall.

Aber nicht nur deshalb wurde das Thema Neonazis auf dem Camp heftig diskutiert, obwohl es im offiziellen Programm der Veranstalter mit keinem Diskussionsforum vorgesehen war - trotz des Camp-Mottos.

Anlässe, sich mit dem Anwachsen von Neonazis zu beschäftigen, gab es genug: Die letzten Wahlerfolge von DVU, Republikanern und NPD haben überall in der Bundesrepublik die Frage aufgeworfen: Wie kam es dazu und wie müssen wir jetzt reagieren?

Susi Möbbeck, Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, widmete einen Teil ihrer Rede auf der Saarbrücker Kundgebung diesem Problem. Sie machte klar die Politik der konservativen Kohl-Regierung für den Zuwachs der Rechtsextremen verantwortlich. Demgegenüber forderte sie eine neue Politik für ökologische und soziale Reformen. Außerdem müßten gleiche Rechte für alle gelten. Das bedeute Ausländerwahlrecht.

Wahlrecht für Ausländer

Ein türkischer Genosse, der auf der Kundgebung sprach, forderte das kommunale Wahlrecht für Ausländer - wahrscheinlich in der Annahme, daß dies leichter durchzusetzen sei als das allgemeine Wahlrecht.

Lakontane hingegen ging mehr in Björn Engholms Richtung. Er vertrat die Forderung nach aktivem und passivem Wahlrecht für alle europäischen Mitbürger in allen europäischen Staaten. Welches Europa er damit meinte, das geographische oder das Europa der Zwölf, blieb hier völlig ungeklärt.

ne Politik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung durchsetzt. Wie Walter Momper, regierender Bürgermeister von Berlin, es richtig formuliert: Jede Wohnung, jeder Arbeitsplatz entzieht den braunen Rattenfängern den Boden.

Hatte er sich mit dieser Forderung schon nicht gerade als die treibende Kraft in Sachen Einheit der Arbeiterklasse dargestellt, so widersprach er mit seinen Äußerungen zum Thema Asylanten/Aussiedler/Ausländer auch nicht der Spaltungsstrategie des Kapitals.

einem der reichsten Länder der Erde so getan wird, als wären einige hunderttausend Menschen mehr nicht mehr zu verkraften. Er hätte auf die Riesengewinne der Unternehmer hinweisen müssen und z.B. auf die veranschuldeten Milliarden durch die verfehlte Atompolitik.



Nicht alle Polizisten sind Republikaner. Trotzdem dürfen wir uns beim Kampf gegen Neonazis nicht auf die Polizei und den Staat verlassen.

Die 4,5 Millionen Ausländer in der BRD seien nötig gewesen, um unseren Wohlstand mitzuarbeiten, sie hätten Steuern und Sozialversicherung bezahlt und zum kulturellen Leben beigetragen. Deshalb sei es unverträglich gegen sie Stimmung zu machen.

In der Asylantenfrage richtete er einen Appell an das „christliche Gewissen“ der Unionspolitiker, und außerdem sei dies ja unter Aussiedlern und Ausländern die kleinste Gruppe. Die Schwierigkeiten kämen nicht von den Aussiedlern der Union. „Ich warne davor, mit vaterländischen Parolen immer mehr Aussiedler in die BRD hineinzurufen, ohne die sozialen Voraussetzungen für ihre Aufnahme vorzubereitet zu haben.“

Arbeitereinheit

Wir müssen ganz deutlich sagen: Wir tun den Unternehmen nicht das Gefallen, uns spalten zu lassen! Ob der Kollege vor Folter aus dem Iran, von Gefängnis und wirtschaftlicher Not aus Anatolien oder vor der wirtschaftlichen Misere aus Polen oder Rumänien geflohen ist: er ist in unseren Reihen willkommen. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir uns verhetzen ließen, gegeneinander zu kämpfen statt gegeneinander zu kämpfen statt gegeneinander zu kämpfen ausbeuten, die Unternehmer. Wir müssen eintreten für das allgemeine Wahlrecht für jenen, der drei Monate in der Bundesrepublik lebt. Wir müssen uns dafür einsetzen, daß die Steuergehälter für Projekte im Sinne der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden, z.B. für Wohnungen, für soziale Einrichtungen, für die Verbesserung des Lebensstandards der gesamten arbeitenden Bevölkerung in der Bundesrepublik.

Wie die Faschisten Schlagen?



Schätzungsweise 200 bis 250 Interessierte zog dieses Flugblatt zum Diskussionszeit II, das leider viel zu wenig Platz bot. Immerhin gelang es noch ca. 130 Leuten, die Diskussion zu verfolgen. Teilweise saßen und standen sie außen um das Zeit herum.

In einer kurzen Einleitung machte Boris Kanzleiter den Unterschied zwischen den faschistischen Massenbewegungen der 20er und 30er Jahre und den jüngsten Wahlerfolgen der rechtsextremen Parteien deutlich. Der Hitler-Faschismus konnte nur auf der Grundlage der schweren Niederlagen der Arbeiterklasse 1918, 1920 und 1923 einerseits und einer relativ starken kleinbürgerlichen Schicht in der Gesellschaft andererseits die Macht ergreifen. Beide Voraussetzungen hätten sich heute geändert. Dennoch dürfte man die Neonazis nicht verharmlösen, sondern müsse sie bekämpfen, wobei man nicht auf die Polizei, nicht auf den Staat, sondern auf die eigene Kraft setzen müsse.

Ronald Beauvais zeigte am Beispiel seiner Juso-AG Kücknitz, daß man Sympatisanten und sogar Anhänger der Skinheads durch Diskussionen durchaus vernünftigen kann.

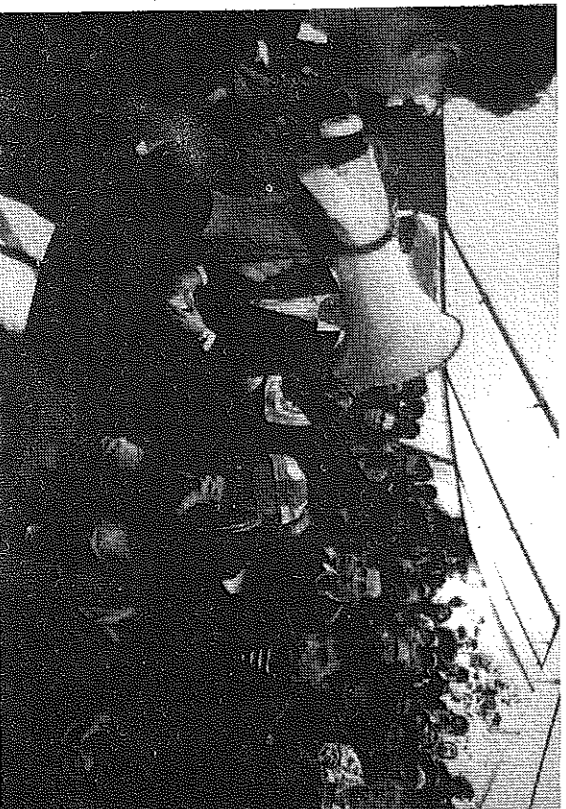
Wie eingreifen?

Die Frage des konkreten Eingreifens beim Auftreten von Rechtsextremen stand im Mittelpunkt der lebhaften Diskussion. Sollte man sich auf Prügeleien mit Skins oder Neonazis einlassen? Oder soll man der vielerorts von der SPD empfohlenen Taktik folgen und bestenfalls räumlich und zeitlich entfernte Gegendemonstrationen machen?

Letzters wurde überwiegend als uneffektiv abgelehnt, denn so werden die Veranstaltungen der Rechtsextremen nicht verhindert und diese können ohne Probleme ihre Propaganda betreiben. Wir müssen versuchen, solche Veranstaltungen zu verhindern, oder, wenn möglich, durch unser Eingreifen umzuwandeln in Propagandaveranstaltungen für unsere Ideen. Sollte es dabei von Seiten der Neonazis zu Übergriffen kommen, müssen wir uns natürlich schützen - zum Beispiel durch mit Stöcken bewaffnete Ordner, die wir bestimmen.

Allerdings dürfen wir auch nie den Unterschied zwischen Wählern bzw. Sympatisanten und Mitgliedern der faschistischen Parteien und Gruppierungen vergessen. Auf erstere müssen wir politisch antworten. Eine Genossin aus Höchststadt berichtete über ihr Vorgehen:

„Wir sind von Haushalt zu Haushalt, von Schule zu Schule gelaufen, haben aufgeklärt und Unterschriften gesammelt, damit die Nazis die Halle, in der sie ihre Versammlung halten wollten, nicht kriegen. Aber sie kriegten sie doch. Da haben wir ein Zeit-



Ca. 130 Interessierte verfolgten die Diskussion auf dem VORAN-Treffen.

Diskussion um EG-Binnenmarkt

Herausforderung für die Europäische Linke

Vom angebotenen Programm lag der Schwerpunkt der Veranstaltungen beim Thema Europa - was nicht verwunderlich ist, standen doch die Europa-Wahlen kurz bevor.

Unter verschiedenen Gesichtspunkten wurde vor allem auch versucht herauszufinden, welche Folgen und Herausforderungen der geplante Europäer-Binnenmarkt für die Linke hat.

In seiner Rede in der Saarbrücker Innenstadt plädierte Oskar Lafontaine für den Idealismus. Er erinnerte an das Programm der Französischen Revolution, die vor nunmehr 200 Jahren stattgefunden hat: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Allerdings ließ Lafontaine in seinen

oder zu „Verhungern“. Unsere Gleichheit ist, daß sowohl Helmut Kohl als auch der Obdachlose das gleiche Recht haben, auf der Parkbank zu schlafen.

Die Juso-Bundesvorsitzende Susi Möbbeck machte das Ziel, das wir anstreben müssen, klar: „Eine freie, solidarische, multikulturelle Gesellschaft, und das heißt: den Sozialismus“. Sie forderte internationale Abrüstung in Form einer dritten Null-Lösung. Außerdem müsse eine internationale Zusammenarbeit bei Umweltprozessen erlangt werden. In diesem Zusammenhang richtete sie die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie auch an die eige-

brauchen eine starke, internationale Linke - das betrifft die Gewerkschaften, die sozialistischen Parteien und die sozialistischen Jugendverbände.“ Das Diskussionsforum „Perspektiven der europäischen Linken“ war dann auch eine der bestbesuchten Veranstaltungen des Camps. Ruth Winkler, ehemaliges Mitglied im Juso-Bundesvorstand, war für die verhinderte Heidemarie Wiczorek-Zeul eingetreten. Sie verteilte die Position, die in der SPD und bei den Jusos fast einhellige Meinung ist: „Der Europäische Binnenmarkt wird kommen. Wir dürfen nicht sagen: Da machen wir nicht mit. Wir müssen uns da einlinken.“

So sicher wie viele Sozialdemokraten sind sich nicht einmal die Schöpfer der Binnenmarktidée, die Kapitalisten. Und die Geschichte zeigt, daß - trotz einiger Beschlüsse in diese Richtung - eine Einigung Europas auf kapitalistischer Grundlage nicht möglich ist. Aber selbst unterstellt, sie wäre möglich, was würde uns hindern zu sagen: Nein zum Europa der Kapitalisten! Da machen wir nicht mit. Ja zum Europa der Arbeiter!

Frank aus Berlin formulierte in einem Diskussionsbeitrag klar, was es mit dem Binnenmarkt auf sich hat: „Wenn einzelne Ränder sich zu einer Gruppe zusammenschließen, kommt nichts anderes dabei raus als eine Ränderbande.“

Ob nun mit volldemem Binnenmarkt oder ohne, eins ist klar: Die Angriffe der Unternehmer auf die Ertragsansprüche der Arbeiterklasse haben sich mit dem Argument Europa verstärkt.

Der IUSY-Generalsekretär Ricard Torrell (IUSY - Sozialistische Jugendinternationale) aus Spanien gab zu, daß die europäische Linke auf die neuen Herausforderungen nicht vorbereitet sei. Er forderte die Schaffung einer internationalen Jugendorganisation, die auch Entscheidungen beeinflussen können müßte.

Nun verfügen wir ja mit IUSY eigentlich schon über das Gerüst einer derartigen Organisation. Aber Torrell, dessen Generalsekretär, entwickelte

„Kann eine Köchin Präsidentin werden?“

Auf dem Pfingstcamp sprach Stefan Fisahn mit Vertretern der Jugendorganisationen einiger Ostblockländer. Sie geben nicht den Standpunkt der Redaktion wieder. Aber sie widerspiegeln die Probleme des Parteiapparates mit der Jugend und die verschiedenen Versuche, mit der Situation fertig zu werden: In Ungarn durch Schaffung neuer Strukturen ohne klare Inhalte, in Bulgarien durch theoretische Rechtfertigungsversuche.

Leider erklärten sich die Vertreter der FDJ (Jugendorganisation der SED/DDR) nicht zu einem Interview bereit.

Zsolt Séra ist 24 Jahre alt, Ökonom und Hauptamtlicher bei Demis, dem demokratischen Jugendverband Ungarns. Er ist nicht Mitglied der Kommunistischen Partei Ungarns.

VORAN: Letztes Jahr beim Pfingstcamp konnte man noch Pálnicka (ungarischer Schnaps) bei Kisz, dem kommunistischen Jugendverband, bekommen. Nun ist Kisz aufgelöst, was ist passiert?
Zsolt: Es war notwendig, Kisz aufzulösen. Kisz war ein dogmatischer, zentralistischer Verband, er hatte das absolute Monopol. Das hatte zur Folge, daß in den letzten beiden Jahren 40% der Mitglieder austraten.

VORAN: Sind denn nicht die Führer von Kisz und Demis identisch?
Zsolt: Nein, ganz und gar nicht. Die meisten sind neu. Wir arbeiten auch ganz anders. Demis ist lediglich eine Dachorganisation von vierzig demokratischen Jugendorganisationen, wie z.B. der Union sozialistischer Studenten.

VORAN: Was ist das programmatische Ziel von Demis?
Zsolt: Unser Ziel ist der demokratische Sozialismus, keine stalinistische Gesellschaft.

VORAN: Gibt es Widerstände?
Zsolt: Ja, vor allem in der Partei gibt es noch viele Kadar-treue Funktionäre (Kadar - ehemaliger ungarischer Parteichef). Und natürlich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. In Ungarn gibt es derzeit eine Inflation von mindestens 18%. Die Lebenshaltungskosten und Konsumgüter sind sehr



Juso-Bundesvorsitzende Susi Möbbeck: Konfliktbewirtschaftung mit dem Kapital gefordert.

Europäische Linke

Sie wies darauf hin, daß sowohl die Kapitalisten als auch die Konservativen inzwischen europaweit kooperieren. Die Linke hingegen sei schwach und arbeite national begrenzt. „Wir

Präsidentin werden?“

möchte. Das Problem ist, daß es am jeweiligen Arbeitsplatz an Wohnmöglichkeiten fehlt.

VORAN: Was verspricht man sich in Ungarn davon, daß z.B. Adidas billig mit ungarischen Arbeitern für den westlichen Markt produziert?

Zsolt: Wir können, was die Arbeitsmethode angeht, von der Marktwirtschaft lernen. Qualität und Arbeitsproduktivität sind höher als in der Planwirtschaft.

VORAN: Was bedeutet das Wort Arbeiterdemokratie in der Sozialistischen Volkrepublik Ungarn?
Zsolt: Erstens hat es in Ungarn nie Sozialismus gegeben. Wir sind lediglich eine geplante Volksdemokratie. Zweitens ist Arbeiterdemokratie unser Ziel. Ich persönlich glaube aber nicht, daß es zu verwirklichen ist. Es gibt noch zu viele alte Bürokraten und



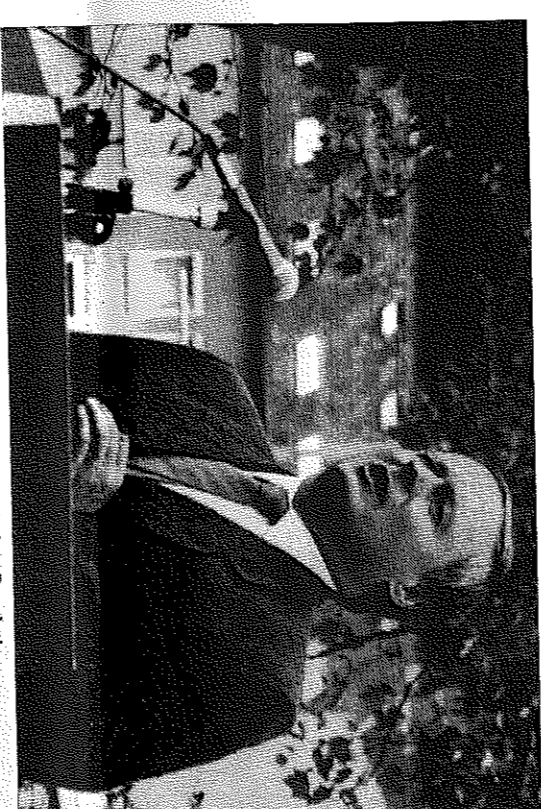
Zsolt Séra aus Ungarn. In den letzten beiden Jahren traten

leider keinerlei Vorstellungen darüber, wie diese Organisation in einem schlagkräftigen, internationalen sozialistischen Verband für breite Schichten vor allem der Arbeiterjugend umgewandelt werden könnte.

Auch der Genosse der Kommunistischen Jugend Italiens zeichnete das Bild der Linken eher negativ. Sie sei seit den 80er Jahren in der Defensive. Zwar seien neue Bewegungen entstanden, aber die Linke habe diese neuen Kräfte nicht nutzen können. „Welche europäischen Linke wollen wir? Wir brauchen ein Netz zur Erarbeitung einer demokratischen und sozialistischen Perspektive.“

Aufgaben

Das ist eine Aufgabe, die IUSY wahrnehmen muß. Mindestens ebenso wichtig ist aber auch die Zusammenfassung und Koordination von Arbeiter-, Schüler- und Studentenbewegungen, die ja jetzt schon häufig in mehreren Ländern der EG gleichzeitig stattfinden. Dies sei das Rückgrat der europäischen Linken, meinte Hans-Gerd Olfinger, VORAN-Redakteur, in der Diskussion. Ein Problem sei allerdings, daß die Politik vieler „Linker“ alles andere als links sei. Er verwies



Oskar Lafontaine: Pädagoge für die Ideale der Französischen Revolution.

auf das Beispiel Spanien, wo der „Sozialist“ Gonzalez eine Politik betrieb, die nur noch mit der von Thatcher im Großbritannien vergleichbar sei.

Im Kampf um ein sozialistisches Europa müsse das Europäische Parlament von den Linken genutzt werden, um Informationen von Kämpfen der Arbeiter und Jugendlichen in den einzelnen Ländern weiterzugeben. Aber der Kampf beginne im eigenen Land, hier müssen die sozialistischen oder sozialdemokratischen Regierungen sozialistische Politik machen! Nur so könne die Linke glaubwürdig sein.

Für die meisten Anwesenden war völlig unverständlich, daß der spanische IUSY-Generalsekretär sich dafür aufhin genötigt sah, die arbeitertreffliche Politik von Gonzalez zu verteidigen. Ems wurde hier deutlich: Solange noch solche Kräfte im internationalen Sozialistischen Jugendverband das Sagen haben, sieht es mit der Perspektive für eine europäische Linke nicht gerade rosig aus. Aber die Bewegungen, die sich in den nächsten Jahren in den europäischen Ländern entwickeln werden, werden den Weg freimachen für einen internationalen Jugendverband, der sich zu Recht sozialistisch nennen darf!

Bulgarien gibt es Perestrojka. VORAN: Was bedeutet Arbeiterdemokratie in Bulgarien?
Doitschin: Im Zentrall von Perestrojka gibt es Demokratie von unten und von oben. Bei uns gibt es eine Räte-demokratie.

VORAN: Wir sind junge deutsche Sozialisten. Du als Kommunist, der im internationalen Bereich arbeitest - was kannst du uns raten, wie können wir den Sozialismus erreichen?
Doitschin: Die BRD ist ein hochentwickeltes Land. Marx und Lenin haben erklärt, daß zuerst die hochentwickelten Länder für den Sozialismus reif sind. Bulgarien hatte es da sehr viel schwerer. Dank der Planwirtschaft haben die Arbeiter und Bauern ein hohes Niveau erreicht.

VORAN: Gibt es Bürokratie in Bulgarien?
Doitschin: Gibt es Bürokratie in der SPD?
VORAN: Ja, aber die SPD ist eine Partei in einem kapitalistischen Land. Wir reden über unterschiedliche Voraussetzungen.

Doitschin: Unser Ziel ist, im Sinne Gorbatschows ein gemeinsames Niveau von Interessen zu suchen, bei dem jede beteiligte Nation ihre eigenständigen Politik beibehalten kann.

VORAN: Gibt es überhaupt keine Probleme in Bulgarien?
Doitschin: Wir leben am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, in Gesellschaften mit sehr verschiedenen Interessengruppen. Und es gibt seit 200 Jahren Kapitalismus, den Sozialismus aber erst seit 30-40 Jahren. Vielleicht wird es besser sein, wenn es Sozialismus 200 Jahre gibt. Die Entwicklung des Sozialismus muß in Etappen geschehen werden, genauso wie die Entwicklung des Kapitalismus mit der Errichtung des Europäischen Binnenmarktes eine neue Qualität erreicht.

Portugal vor 15 Jahren:

Die Umwälzungen

Vor fünfzehn Jahren wurde in Portugal nach Jahrzehnten die Rechtsdiktatur gestürzt. Damit kam der Prozeß der sozialen Revolution ins Rollen. Die Ereignisse, die in Portugal auf den Sturz des totalitären Regimes folgten, versetzten die herrschende Klasse Europas und der ganzen Welt in Angst und Schrecken.

Seit 1926 hatten die portugiesischen Bauern und Arbeiter unter der Diktatur Salazaris und Caeanos gelitten. Jeder zehnte Portugiese war während dieser Zeit im Gefängnis gewesen, viele waren der Folter ausgesetzt. Parteien und Gewerkschaften waren verboten, damit sich das arbeitende Volk gegen Ausbeutung und Unterdrückung nicht organisieren wehren konnte.

Portugal war zusammen mit der Türkei das wirtschaftlich rückständigste und ärmste Land Westeuropas. 40% der Bevölkerung arbeiteten auf dem Land, viele davon als einfache Landarbeiter für einen Großgrundbesitzer. Sie mußten von einem durchschnittlichen Tageslohn von 13,60 DM leben. Einige besaßen als selbständige Bauern im Norden des Landes ein kleines Stück Acker, welches für Großgrundbesitzer nicht genügend Ertrag brachte. 1,9% der Grundbesitzer verfügten 1970 über einen Anteil von 45,8% des landwirtschaftlichen Einkommens. Die kleinbäuerlichen Familien verarmten zunehmend in den 60er und 70er Jahren.

Ein Industriearbeiter hatte 1973 einen durchschnittlichen Tageslohn von 18,80 DM. Eine Arbeiterin des gleichen Industriezweiges sogar nur 9,20 DM. Die Industrie war weitgehend in der Hand ausländischen Kapitals. So investierten in Portugal z.B. deutsche Unternehmen wie VW, Grundig, Siemens, Hoechst und Konzerne aus anderen großen Ländern wie z.B. ITT, Phillips, General Motors, vor allem aber auch britische Kapitalisten.

Regime in der Krise

Die hohe Arbeitslosigkeit zwang viele Portugiesen zum Auswandern. Die Inflationsrate stieg auf 20-25%, womit die Lebenshaltungskosten enorm anstiegen. Die portugiesische Regierung führte zudem einen Krieg in den Kolonien Mozambique, Angola und Guinea-Bissao gegen die Befreiungsbewegungen in diesen Ländern. Dafür verbrauchte sie zuletzt 40% des Staatsbudgets und führte das Land in den ökonomischen Kollaps.

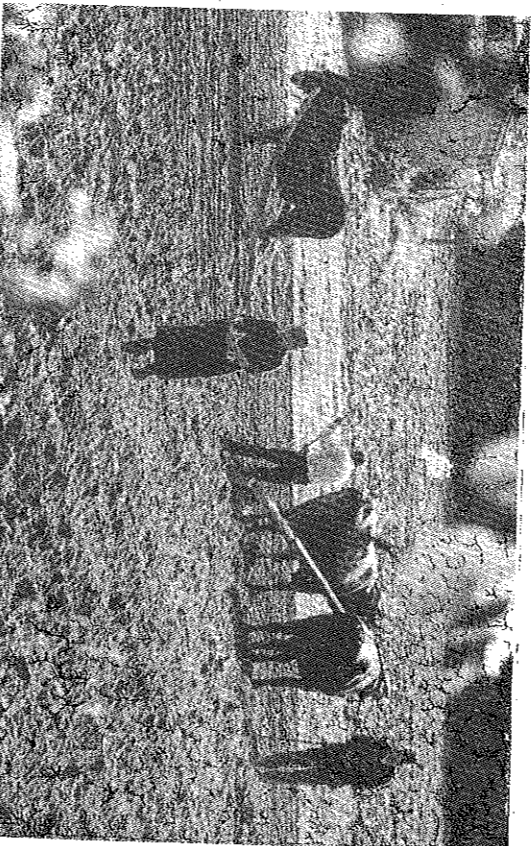


Demonstration in Lissabon 1975. Wie seit Beginn der Revolution unterstützten weite Teile der Armee die Arbeiter und Bauern.

Das Regime geriet in eine schwere Krise. Sogar innerhalb der Kapitalisten war man unterschiedlicher Meinung, ob diese Regierung unter solchen Umständen noch haltbar sei. Auch in den oberen und mittleren Rängen des Militärs machte sich Unzufriedenheit mit der bestehenden Regierung breit, die unterschiedlich motiviert war. Einige unzufriedene Offiziere strebten eine bürgerliche Demokratie an, um den Kapitalismus zu retten. Andere Offiziere, die vor allem aus der Kleinbürgerlichen Schicht stammten, sahen den Kolonialkrieg als sinnlos an. Sie zogen auch Vergleiche mit ihrem eigenen verarmten Land, in dem es dem größten

Teil der Bevölkerung nicht besser ging als in den Kolonien. Es bildete sich eine oppositionelle Bewegung in den Streitkräften, die MFA (Movimento das Forças Armadas).

Am 25. April 1974 stürzte die MFA das Regime. Doch ist die MFA keine Partei. Sie hat kein einheitliches und schon gar kein sozialistisches Programm. Sie spaltete sich im Laufe der Revolution in einen linken und einen rechten Flügel und wurde zunehmend unfähiger, der Revolution weitere Im-



Die kleinbäuerlichen Familien verarmten zunehmend in den 60er und 70er Jahren.

pulse zu geben. Als Staatsoberhaupt der neuen Regierung wählten sie den General Antonio de Spínola aus, der in der damaligen linken Presse international als „Demokrat“ und „Liberaler“ gefeiert wurde. In Wirklichkeit hat Spínola eine schwarze Vergangenheit: Im spanischen Bürgerkrieg kämpfte er an der Seite Francos. Im zweiten Weltkrieg führte er Hitlers Truppen an der Ostfront. Im Kolonialkrieg wurde er bekannt unter dem Namen „Schlächer von Angola“. Dieser Spínola wird sich auch wenig später als Konterrevolutionär entpuppen. Doch zurück zum Frühjahr 1974.

Die Befreiung von der grausamen Diktatur läßt die Bevölkerung aufatmen und die vorher unterdrückte Arbeiterbewegung enorm erstarken.

Arbeiter treiben die Revolution voran

Tausende organisierten sich in den beiden Arbeiterparteien PSP (Sozialistische Partei) und PCP (Kommunistische Partei). Eine Einheitsgewerkschaft, die Intersindical, wird gegründet. Nun scheint der Zeitpunkt gekommen zu sein, um Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung endgültig zu beenden. Streiks und Demonstrationen

Straßen von Lissabon findet am 1. Mai eine großartige Maidemonstration mit 500.000 bis 750.000 Teilnehmern statt. Arbeiter, Bauern, Hausfrauen, Studenten, Marosen und Soldaten marschieren bei Demonstrationen im ganzen Land Seite an Seite. Sie tragen Transparenze mit Aufschriften wie: „Beendet die kapitalistische Ausbeutung“, „Frieden, Brot und Freiheit“, „Frieden, Brot und Sozialismus“ und „Arbeiter an die Macht“.

Arbeiter besetzen ihre Betriebe und sperren die ehemaligen Direktoren ein. Sie wählen Arbeiterkomitees als Verwaltungs- und Kontrollorgane für ihre Betriebe und Wohngebiete. Die Landarbeiter im Süden besetzen ebenfalls das Land, verjagen ihre Gutsherrn und bilden Kooperativen. Die Gebäude der

alten faschistischen Scheingewerkschaften werden besetzt. Die Bäckerarbeiter fordern als erste die Verstaatlichung ihrer Industrie.

Die Zeit ist reif für die vollständige Machtübernahme durch das Proletariat, für den Aufbau einer Räteredemokratie. Die an der Spitze des Landes stehende provisorische Regierung, getragen vom Militär, steht zwischen den Klassen. Die Militärräte können kein Konzept zur Lösung der Probleme im rückständigen Portugal bieten.

Es fehlt aber auch eine marxistische Partei- und Gewerkschaftsführung, die in der Lage ist, die revolutionäre Bewegung anzuführen und den Aufbau einer Arbeiterdemokratie zu sichern.

Weder KP-Chef Cunhal noch Sozialistenführer Mário Soares setzen sich von Anfang an für Verstaatlichung ein. Cunhal sagt noch im Sommer 1974 in einem Interview auf die Frage: „Die Großunternehmer fürchten Verstaatlichung. Haben sie Grund zur Umkehr?“ – „Nein, wir glauben nicht. Sie werden noch einen Haufen Geld machen können.“ Die KP-Führung erklärte weiterhin klar, daß es nicht um eine sozialistische Revolution gehe, sondern um den Aufbau einer bürgerlichen Demokratie, die Ausgangspunkt für eine 50jährige kapitalistische Entwicklung Portugals sei.

Sozialistische Partei

Die Sozialistische Partei wurde im Exil von Soares mit Unterstützung westlicher sozialdemokratischer Parteien 1973 im Bad Münstereifel gegründet. Im April 1974 wird sie innerhalb kürzester Zeit zur größten Massenpartei der portugiesischen Arbeiterklasse. Soares wird bei seiner Rückkehr aus dem Exil jubelnd empfangen. Die SP-Führung versucht, die Stimmung der Arbeiter aufzulockern, spricht aber keine deutliche Sprache und gibt kein klares Ziel an. Verbalradikale sozialistische Parteien stehen im Widerspruch zu ihren Taten. Anstatt sich auf die Kampfberbereitschaft ihrer Basis zu stützen, wirken beide Parteiführungen im Verlauf der Revolution als brennender Faktor.

An der Basis erscheint überall die Forderung nach einem Mindestlohn. Streiks und Betriebsbesetzungen nah-

chung wird laut. Diese Bewegung wird von KP- und SP-Führern als „linksextrémistisch“ verurteilt. Sie begründen ihre Haltung mit konventionellen Kapitalistengrummenten, daß die Wirtschaft sich große Lohnerhöhungen nicht leisten könne. Arbeitsminister Goncalves, PCP-Unterstützer, fordert die Arbeiter auf, die Streiks und Betriebsbesetzungen zu beenden, friedlich an die Arbeit zurückzukehren und auf die Arbeitsmarktswahl zu warten. Alvaro Cunhal mahnt die Arbeiter, „weniger ungeduldig zu sein“. Auch die SP-Führer halten nichts von den Aktionen ihrer Basis, wie in einem Interview von VORAN mit dem portugiesischen Jungsozialisten und Hauptorganisator der PSP, Genosse Neves, im Sommer 1974 deutlich wird:

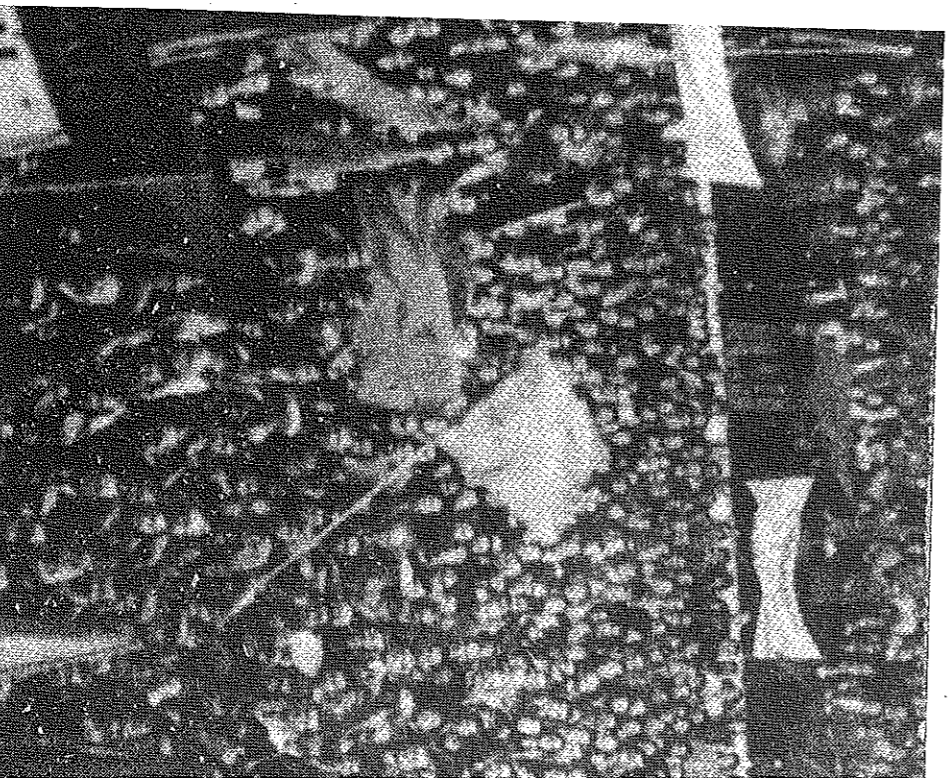
Basis und Führung

VORAN: „Wie steht Du zu den zahlreichen Streiks, die doch ganz klar die Stimmung und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse ausdrücken und wie reagierst Du auf die Führung der Arbeiterpartei darauf?“

Neves: „Wir, die Linksfrente aus SP und KP glauben, daß sämtliche Streiks von den Kapitalisten initiiert und organisiert wurden, die ja nur das Chaos im Land wollen. Die Arbeiter fordern 10.000 Escudos Monatslohn (1000 DM, d. Red.). Selbst wenn wir einen durchschnittlichen Lohn von 5000 Escudos hätten, würde dadurch rein rechnerisch das ganze Bruttozialprodukt getroffen werden.“

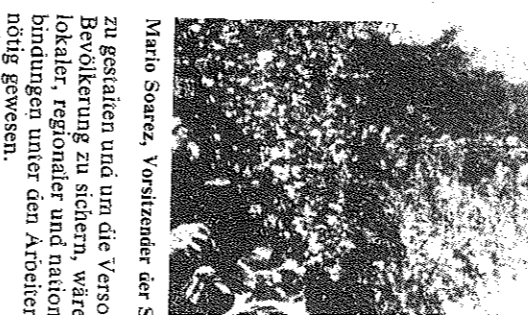
VORAN: „Kurz gesagt, die Rolle der Führung von KP und SP besteht darin, die Forderungen der Arbeiter abzuwehren und zur Mäßigung aufzurufen.“

Neves: „Ja genau. Wir stellen uns gegen alle übertrieben Forderungen.“



Wahlkampfveranstaltung der Sozialistischen Partei 1975: Diese Partei wurde innerhalb tritt 1976 machte die Führung klar: Ihre Wirtschaftssanierungspläne werden sich gegen

Den Arbeitern wird es mehrmals zum Verhängnis, daß sich die Führer ihrer Organisationen an den provisorischen Regierungen beteiligen, anstatt für die Errichtung eines Rátesystems zu mobilisieren. Als Beteiligte der Regierung unternehmen sie nichts gegen ein Gesetz vom 28.8.1974, das die Kampfmaßnahmen der neuen Gewerkschaften eindämmen soll. Dieses Gesetz verbietet politische Streiks, ebenso Betriebsbesetzungen. Die Feuerweh, die Polizei und Wehrpflichtige dürfen nicht streiken oder den Befehl verweigern. Wehr-



Mario Soares, Vorsitzender der S

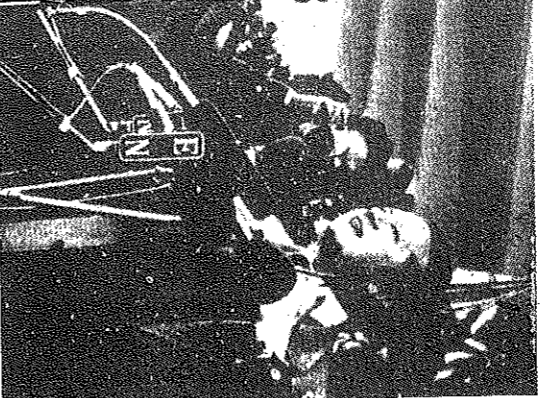
zu gestalten und um die Verso Bevölkerung zu sichern, wäre lokaler, regionaler und national bindungen unter den Arbeitern nötig gewesen.

Das Entstehen einer bürokratischen Schicht hätte verhindert werden durch die jederzeitige Wählbarkeit aller Funktionäre

ren Entlohnung einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn entspricht. Aufstellung eines nationalen schatzplans durch die Räte hat nationalen Ressourcen optimal auszunutzen und die Arbeitslosigkeit rascher bannen können. Eine sozialistische Regierung hätte sich auch auf dem einen festen Rückhalt verschaffen können: durch die Verstaatlichung Großgrundbesitzer im Süden, die Bildung und materielle Unterstützung landwirtschaftlicher Kooperativen sowie durch die Gewährung zins-

REVOLUTION

serer Technik für die Bewirtschaftung wäre der Reaktion ein für alle mal die Grundlage entzogen worden. Durch das Ersetzen des stehenden Heeres durch Arbeitermilizen hätte sich die neue Räte-demokratie vor jedem Versuch der Konterrevolution sicher schützen können. Doch von einem solchen marxistischen Programm waren die Führer beider Arbeiterparteien weit entfernt.



Arbei Forungais, auf einer Rümgebung 1974

Vergleichen die Situation in Portugal 1974 mit der in Rußland 1917, das damals ebenfalls ein wirtschaftlich rückständiges Land war. In seinem ersten Telegramm aus dem Exil gab Lenin seinen Genossen in Petrograd u.a. die Anweisung, der im Februar gebildeten provisorischen Regierung mit Kerensky an der Spitze weder Vertrauen noch

Minderheit) aufzurufen - ein Versuch, die verstreuten reaktionären Kräfte zusammenzutrommeln. Der Versuch mißlingt. Es wird sehr deutlich, wie schwach die Reaktion auf der Seite des Kapitals und wie stark im Gegensatz dazu die organisierte Arbeiterklasse zu diesem Zeitpunkt ist.

In der Nacht zum 29. September errichten portugiesische Arbeiter und Bauern Straßensperren im ganzen Land, Soldaten und bewaffnete Arbeiter organisieren Wachenhelien und verhindern so ein Zusammenreffen der reaktionären Kräfte. „Demokrat“ Spinola muß am 30. September von seinem Amt zurücktreten.

Bei einer weiteren Kraftprobe im März 1975 beweist die Arbeiterklasse erneut ihre Macht im Lande. Am 11. März versucht Spinola zusammen mit einer Handvoll reaktionärer Offiziere und Vertretern des Finanzkapitals einen Putsch. Mit zwei aus dem zweiten Weltkrieg stammenden Flugzeugen, ein paar Hubschraubern und Fallschirmtruppen scheitert der stümperhafte Plan binnen 90 Minuten: Keine Sektion der Streitkräfte steht hinter Spinola. Wieder errichten Arbeiter Straßensperren und bekommen Waffen von den Soldaten.

Verstaatlichung

Die Peitsche der Konterrevolution treibt die Revolution weiter voran. Die Bankangestellten besetzen die Banken und fordern Verstaatlichung. Sie wollen verhindern, daß die reaktionäre Gelder zugeschoben bekommen und Kapital ins Ausland wandert. Unter dem Druck der Bevölkerung verstaatlicht die MFA-Regierung schließlich Banken und Versicherungsgesellschaften. Damit waren mit einem Schlag

lution eingeleitet hat, versucht die KP Einfluß auf die Bewegung auszuüben. Sie unterstützt schließlich die Landarbeiter und hat über die von ihr geführte Gewerkschaft Interindical Einfluß auf die Streikbewegung.

So führt sie z.B. den Bauarbeiterstreik im September 1975 an. Die 60.000 Bauarbeiter fordern 44% mehr Lohn. Dem Streik setzt die KP aber selbst keine andere Forderung auf als „Vasco (Goncalves) soll zurückkommen“. Goncalves war ein hoher Vertreter des Militärs und stand der KP nahe. Er war aus der Regierung entlassen worden.

Die opportunistische Politik der KP wird so abgelöst durch halbherzige Versuche, die Macht zu übernehmen. Ein Putschversuch von KP-nahen Offizieren am 25. November 1975 scheitert kläglich, weil nichts unternommen

- Kürzungen der Sozialleistungen und der Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur;
- mehr Geld für Rüstung;
- höhere Steuern;
- Lohnbegrenzung.

Reformabbau

Die Regierung verabschiedet die entsprechenden Gesetze zur Erfüllung der IWF-Forderungen. Die Umsetzung der Gesetze scheitert jedoch immer wieder an dem harten Widerstand der Arbeiter. Nur mit Polizeieinsatz gelingt es der „sozialistischen“ Regierung, überhaupt einige Errungenschaften abzubauen.

Insgesamt aber scheitert die Erfüllung ihres Auftrages. Die Opposition innerhalb der sozialistischer Partei gewinnt die Politik von Soares wurde immer stärker. Mehrmals hintereinander entstehen linke Massenflügel in der PSP, doch deren Führer versäumen es, den innerparteilichen Kampf konsequent durchzuführen. Linke Oppositionelle treten aus Protest aus der Partei aus, viele wurden auch ausgeschlossen. Durch eine Satzungsänderung wurde der Einfluß der Basis auf die Führung stark beschnitten. Alles, was Soares schaffte, war die Demoralisierung der Arbeiterklasse.

Dies war aber der Reaktion, die sich hinter dem Sozialistenführer versteckte, nicht genug. Deshalb bestand sie im Februar auf einer Regierungsbeteiligung der CDS (Zentrumsdemokraten), um die Stabilisierung kapitalistischer

ren von 150 auf rund 250 gestiegen. Was macht Portugal so attraktiv für das Kapital?

Ein portugiesischer Arbeiter verdient im Durchschnitt fünfmal weniger als sein deutscher Kollege - daran hat auch das Wirtschaftswunder nichts geändert. Der Mindestlohn eines portugiesischen Industriearbeiters liegt bei umgerechnet 430 DM. Die Arbeitslosenquote beträgt offiziell 8,2%. Zwölfjährige Kinder werden in den Fabriken zu schwerster Arbeit herangezogen. Nur für 57% der Portugiesen gibt es eine zufriedenstellende Wasserversorgung. Das sind Verhältnisse wie zur Zeit der Diktatur.

Perspektiven

Doch das letzte Wort ist nicht gesprochen. Solange es noch kapitalistische Ausbeutung gibt, wird es keine Ende der Klassenausbeuterbeziehungen geben. Gerade in der Phase eines Wirtschaftsboms, bei dem die Arbeiter fast nichts vom großen Kuchen abbekommen, radikalisiert sich das Bewußsein der Arbeiterklasse. Die Vorhaben der konservativen Regierung unter Anibal Cavaco Silva wie weitere Reprivatisierungen von Unternehmen und von Land werden das politische Klima weiter anheizen. Mit neuen Arbeitsgesetzen, die z.B. Entlassungen erleichtern, hat die am 19. Juli 1987 gewählte Regierung schon den Unmut der Bevölkerung auf sich gezogen. Mit einer Welle von Streiks hat die portugiesische Arbeiterklasse schon letztes Jahr auf die



Mehrals beweist die Arbeiterklasse, daß sie die eigentliche Kraft im Lande ist. Aber sie wird wieder und wieder von den Führern der Arbeiterpartei KP und SP zurückgehalten.

wird, um die Massen für die eigene Politik zu mobilisieren. Das Ziel der PCP zu diesem Zeitpunkt, eine „sozialistische“ Lösung nach dem Vorbild der Ostblockstaaten, hat aufgrund seines undemokratischen Charakters ohnehin keine Anziehungskraft für die breite Bevölkerung. Durch diese KP-Politik schafft es die Reaktion sogar, Teile der Bevölkerung für eine Kampagne zu gewinnen - eine Kampagne zur Verteidigung der Demokratie!

Die Sozialistische Partei vertritt die Basis derweil mit den kommenden Parlamentswahlen.

Minderheitsregierung

Mit einem Ergebnis von 40% kann die PSP bei den Wahlen 1976 die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Daraufhin bildet sie eine Minderheitsregierung. Schon in der Regierungserklärung macht Mario Soares klar, daß seine Wirtschaftsamtungspläne gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet sind. Er kündigt Einsparungen im öffentlichen Dienst an und droht mit der Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin. Streiks dürfen nur als letztes Mittel ausgerufen werden, und streikende Arbeiter können keine Bezahlung erwarten.“

Unter dem Diktat des IWF (Internationaler Währungsstands) plant die neue Regierung den weiteren Abbau von Ertragsanteilen der Revolution. Mit folgenden Auflagen will sich das internationale Kapital das Land zurückerobern:

- Reprivatisierung von Betrieben und Land;
- Entschädigungen an enteignete Großgrundbesitzer und Unternehmer.

Verhältnisse zu beschleunigen. Zwar unternehmen die Rechten alles, um die Sozialisten in der Regierung unter Druck zu setzen, mußten aber zusehen, wie sich die Arbeiter weiterhin gegen Angriffe zur Wehr setzen. Insbesondere gelang es nicht, größere Ländereien an die alten Großgrundbesitzer zurückzugeben. Die Landarbeiter verteidigten zäh ihre Kooperativen.

1978 bekommt Soares die Rechnung für seine kompromißfertige Politik präsentiert. Jetzt genügt er nicht einmal mehr den Interessen des Kapitals. Soziales wird von Staatspräsident Eanes entlassen. Nach und nach gelingt es der Reaktion, wieder Fuß zu fassen und harte Angriffe gegen die Arbeiterklasse zu fahren.

Nur die Vollendung der sozialistischen Revolution hätte Reformen für Arbeiter und Bauern sichern können und eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die breite Bevölkerung bedeutet. Die Verantwortung für das Scheitern der Revolution ist nicht zuletzt bei der falschen Politik der KP- und SP-Führer zu suchen.

Situation heute

Portugal erlebt, wie das Nachbarland Spanien, zur Zeit einen Wirtschaftsboom. Mit einem Zuwachs des Brutto-sozialprodukts um 4,5% gehört Portugal zu den Spitzenreitern Westeuropas im Jahre 1988. Die Auslandsinvestitionen sind '88 um 100% gestiegen. Ausländische Unternehmen drängen trotz hoher Steuerungsrate (9,6%) nach Portugal. Auch die mangelnde Infrastruktur ist kein Hindernis für ausländische Investoren. Die Anzahl von deutschen Firmen ist z.B. innerhalb von drei Jah-

Angriffe des Kapitals und seiner Regierung geantwortet.

Seit 1974 haben die portugiesischen Arbeiter gewaltige Kämpfe hinter sich gebracht. Dabei muß man berücksichtigen, daß sie bis dahin kaum Kampferfahrungen hatten und mit etwa einem Drittel nur einen relativ geringen Anteil der Bevölkerung ausmachten. Der geplante weitere Abbau von Reformen durch die Regierung Silva wird noch einige Kraftproben herausfordern. Die Erfahrungen der letzten und der kommenden Jahre wird sich die Arbeiterklasse in Zukunft zunutze machen. Sie muß ihre Organisationen zu wirklichen Kampfinstrumenten machen, um einheitlich und mit gebündelter Kraft bisherige Errungenschaften verteidigen und weitere Reformen erkämpfen zu können. Das Ziel ist die Vollendung der vor fünfzehn Jahren begonnenen Revolution. Auf der Basis eines marxistischen Programms und einer klaren sozialistischen Perspektive muß ein linker Flügel in der SP (als größter Massenpartei) aufgebaut werden, der in der Lage ist, die Mehrheit der Parteibasis hinter sich zu bringen und ebenso die in der PCP organisierten Arbeiter zu überzeugen.

Der Prozeß der portugiesischen Revolution kann nicht isoliert gesehen werden. Die in einigen Punkten ähnliche politische und wirtschaftliche Entwicklung Spaniens hat direkte Auswirkungen auf das Nachbarland und umgekehrt. Die Arbeiter beider Länder werden sich gegenseitig anspornen und für eine sozialistische Demokratie auf der iberischen Halbinsel kämpfen.

Angelika Tewelert, Kassel
Jungsozialistin

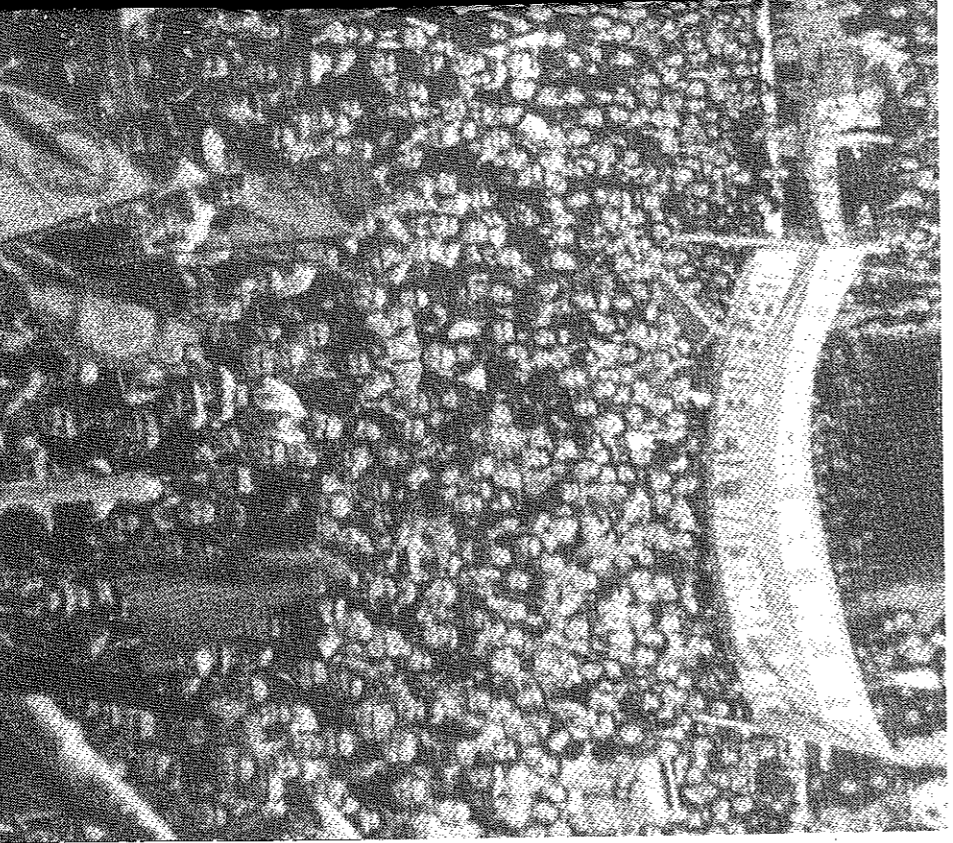
50% der Wirtschaft verstaatlicht. Im April 1975 wurden 14 Elektrizitätsgesellschaften, einige große Öl- und Stahlunternehmen, die Eisenbahn und die Luftverkehrsunternehmen verstaatlicht. Die portugiesischen Arbeiter haben durch ihr entschlossenes Handeln nun wesentliche Voraussetzungen für den Aufbau eines sozialistischen Portugals erkämpft. Doch die Politik der kommunistischen und sozialistischen Führer bleibt weiterhin losgelöst von ihrer Basis.

Nachdem so die Arbeiterklasse selbst, unaufgefordert und ohne politische Führung, die sozialistische Revo-

Unterstützung zu geben. Doch die „Erben“ Lenins in der KP-Spitze ebenso wie die Sozialistenführer, deren Partei - so Soares - „auf dem Boden des Marxismus steht“, geben Staatsoberrhaupt Spinola ihr vollstes Vertrauen.

Arbeiter und Bauern verteidigen die Revolution

Im September 1974 wird dieser Fehler offensichtlich. Spinola sieht sich an der offenkundig der erstarkenden Arbeiterbewegung dazu veranlaßt, zur Demonstration der „Schweigenden Mehrheit“ im Wahrheit eine kleine faschistische



Die zur größten Massenpartei der portugiesischen Arbeiterklasse. Aber schon bei Regierungsantritt der Arbeiter stehen.

Israel hat begonnen

Die Befreiung der Araber

Seit über eineinhalb Jahren kämpft das palästinensische Volk, insbesondere die Jugend, gegen die israelische Besatzung und für ein unabhängiges Palästina. Diese Massenbewegung hat in eineinhalb Jahren mehr erreicht, mehr Bewußtsein und Sympathie geschaffen, als 20 Jahre PLO-Terror. Sie hat alle Schichten und Altersgruppen in den Kampf einbezogen.

Ob Arbeiter, kleine Ladenbesitzer oder Angestellte des öffentlichen Dienstes: Sie alle kämpfen gegen die Unterdrückung durch die herrschende Klasse Israels. Die Intifada (Name der Massenbewegung) zeigt deutlich das revolutionäre Potential der Arbeiterklasse und ist eine klare Widerlegung der alten PLO-Taktik vom Terror und Guerillakampf. Der Aufstand ist spontan und ohne Einfluß der PLO entstanden. Dies alles zeigt die neue Qualität des Kampfes, in die das palästinensische Volk eingetreten ist.

Historische Wurzeln

Bis zur Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 stand das damalige Palästina unter Kontrolle Großbritanniens. Die zionistische Bewegung (zur Schaffung eines jüdischen Staates auf den Gebieten Palästinas) und die USA förderten die Gründung. Nach dem Nazi-Holocaust gab es für den britischen und den US-Imperialismus denkbar günstige Bedingungen. Riesige Flüchtlingsströme mit dem berechtigten Interesse nach Ruhe und Schutz wurden von der USA genutzt, um sich mit der Gründung eines israelischen Staates die Vormachtstellung in der arabischen Welt zu verschaffen.

In den darauffolgenden Jahren gab es eine größtenteils gewaltsame Ausbreitung jüdischer Siedlungen und einen Krieg der arabischen Nachbarländer gegen Israel. Dies alles ging auf Kosten der Palästinenser. Tod und Vertreibung waren die Auswirkungen. In einem 6-Tage-Krieg 1967 besetzte Israel den bis dahin ägyptischen Gazastreifen und die zu Jordanien gehörende Westbank. Diese Gebiete sind bis heute besetzt.

Seit 20 Jahren werden diese Gebiete ausgebeutet und unterdrückt. Im Gazastreifen wurden 30% des verfügbaren Landes von Israel konfisziert und 25.000 jüdischen Siedlern zur Verfügung gestellt, während 650.000 Palästinenser auf dem restlichen Gebiet zusammengepfercht leben müssen. Nicht anders steht es auf der Westbank aus. Dort wurden über die Hälfte des wirtschaftlich nutzbaren Bodens für militärische Zwecke oder für die 65.000 jüdischen Siedler beschlagnahmt. Hier leben sogar 850.000 Pala-

setzten Gebieten absichtlich niedergehalten wird. So sichern sich das israelische Kapital und die inländischen US-Konzerne einen beständigen Markt.

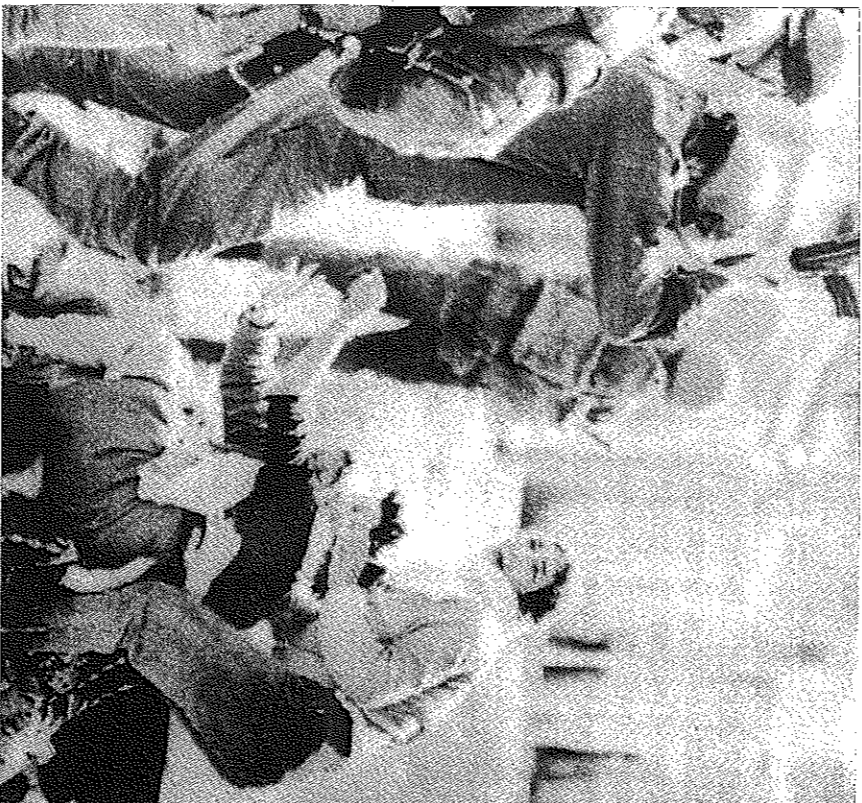
Charakter des Aufstandes

Aber das palästinensische Volk läßt sich diese Unterdrückung nicht länger gefallen. Es wurden Dorf- und Stadtkomitees aufgebaut, durch die die ort-

„Wie ein Stein, der ins Wasser geworfen wird und Wellen verbreitet, haben die demonstrierenden Palästinenser im vergangenen Jahr über die israelisch besetzten Gebiete hinaus politische Schockwellen verbreitet und Regimes vom Golf bis zum Atlantik verunsichert.“ Die Befreiung der Araber hat in Palästina begonnen.

PLO

Trotz der Unabhängigkeit der Bewegung identifizieren sich die Palästinenser mit der PLO. Diese ist, wie jede Guerilla-Bewegung, nationalistisch begrenzt. Ihr militärischer Flügel, die Fatah, setzte bislang auf Terroraktionen gegen das israelische Volk. Das ist



Mit brutalsten Militäreinsatzern versucht die israelische Regierung, dem Aufstand der Palästinenser Herr zu werden.

liche Bevölkerung den Widerstand, die Versorgung mit Lebensmitteln, Arzneimittel und Verbreitung von Informationsmaterial organisiert. Diese Komitees sind ohne Einfluß der PLO entstanden. Auch der Aufstand ist nicht das Werk einer kleinen Gruppe der PLO, wie das die israelische Regierung darzustellen versucht.

rung aus, die dazu nicht bereit ist. Aber alle diplomatischen Bemühungen werden die Probleme nicht lösen. Es wird weiter schwelen und zu neuen Massenaufständen kommen.

Die Ausrufung eines unabhängigen Palästinenstaates wurde von der Bevölkerung in den besetzten Gebieten begeistert aufgenommen. Allerdings ist es bisher bei der Ausrufung geblieben. Real existiert ein unabhängiger Staat nicht. Auf kapitalistischer Grundlage könnte er auch nicht bestehen. Die besetzten Gebiete sind wirtschaftlich auf dem Niveau eines 3. Welt-Landes, haben kaum Rohstoffe, so daß sie überhaupt nicht konkurrenzfähig wären. Das Scheitern des diplomatischen Weges und das Platzen der Illusionen in einen unabhängigen Palästinenstaat kann wieder zu verstärkten Individualterror führen. Dies wäre ein Rückschritt für die ganze Bewegung. Die einzige Lösung ist eine sozialistische Revolution und deren Ausbreitung auf die anderen arabischen Länder. Auf der Basis einer sozialistischen Vereinigung der arabischen Länder könnten höher entwickelte Gebiete die unterentwickelten fördern. Dazu bedarf es aber einer Führung mit einem sozialistischen Programm.

Kann die PLO diese Führung darstellen? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns die PLO genauer anschauen. Die PLO wurde 1964 von Fatah und Emiren gegründet, also von Leuten, die selbst für Unterdrückung verantwortlich sind. Die soziale Zusammensetzung der Führung ist überwiegend kleinbürgerlich, d.h. Ärzte, Rechtsanwälte usw., aber auch Kapitalisten sind darunter. Das Gesamtvermögen der PLO wird auf mindestens 7-8 Mrd. US-Dollar geschätzt: Ca. 40 große Firmen hat die PLO in der kolonialen Welt aufgebaut. Eine sozialistische Revolution würde praktisch die Enteignung großer Teile des PLO-Vermögens bedeuten. Die PLO-Führung würde sich al-

Freiheit für Mahmud Masarwa!

Spenden in Höhe von 357,90 DM haben VORAN-Unterstützer beim SPD-Fest der Republik in Saarbrücken für die internationale Solidaritätskampagne „Freiheit für Mahmud Masarwa“ gesammelt. Gerade jetzt, wo sich Mahmouds Verhaftung (17.7.1988) bald jährt, ist aktive Solidarität notwendiger denn je.

Mahmoud wurde unmittelbar vor Antritt einer Reise nach England verhaftet, wo er Kontakte zur britischen und europäischen Arbeiterbewegung knüpfen wollte. Er vertritt die Idee einer Einheitsarabischer und jüdischer Arbeiter auf sozialistischer Grundlage und kritisiert die von der PLO angewandten Mittel des Terrorismus. Als aktiver Gewerkschafterspieler er im Mai 1988 im Streik von vorwiegend jüdischen Arbeiter einer Zementfabrik eine wichtige Rolle.

Solidarität

Nachdem eine internationale Solidaritätsbewegung angehtauten war und zahlreiche Gewerkschaften und Parlamentarier aus der Arbeiterbewegung sich der Forderung nach Freilassung Mahmouds angeschlossen hatten, konnte eine nach Israel gereiste Delegation im letzten Oktober erreichen, daß nach monatelanger Nachrichtensperre durch den israelischen Staat die Medien den Fall aufgriffen. Der Solidaritätsbewegung hat sich inzwischen auch das Europa-Parlament und der Justo-Bundeskongreß angeschlossen.

Bei den jetzt öffentlich abgehaltene Prozeßterminen scheinen die vom israelischen Staat zusammengeschickten Anklagepunkte in sich zusammenzufallen. Was den Vorwurf der Brandstiftung betrifft, so konnte Mahmouds Arbeitgeber nicht mit Sicherheit sagen, daß auf dem betreffenden Gelände überhaupt Bäume ge-

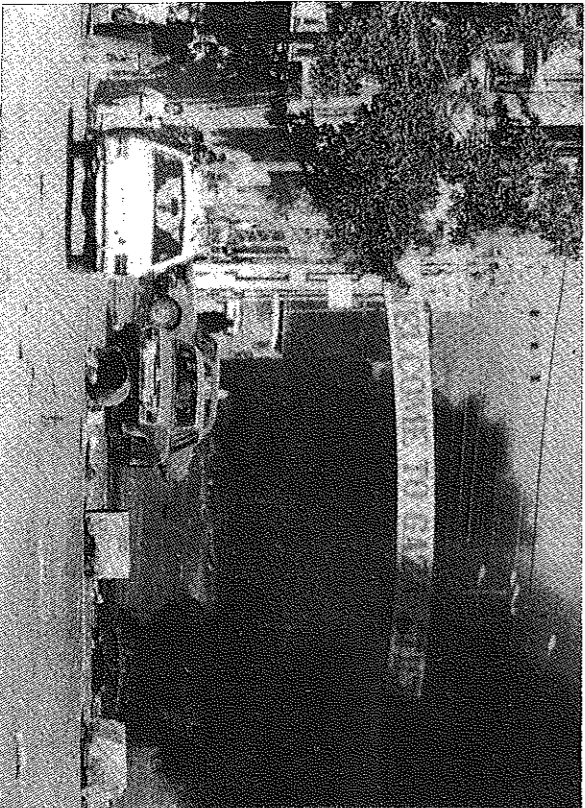
so den eigenen Galgen bauen. Dies wird natürlich nicht der Fall sein. Die Basis und Sympathisanten der PLO hingegen, das palästinensische Volk, ist für sozialistische Ideen offen.

Arbeitereinheit

Innerhalb der israelischen Bevölkerung ist eine Bewegung gegen den Krieg entstanden. Anfang Januar gab es eine „Frieden-lebt“-Demonstration, an der 100.000 Menschen teilnahmen. Auch innerhalb des Militärs, besonders der Jugend, wächst der Unmut. Sie tragen nach Sinn und Zweck dieser Militäraktion. Sie sehen, daß ihre Gegenüber auch Arbeiter und Jugendliche sind, deren einzige Waffen Steine und Molotowcocktails sind. Schon 1985 gab es einen Generalstreik gegen die Kürzungspolitik der Regierung. Die Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage, verursacht durch den Krieg, besonders aber eine zukünftige Weltwirtschaftskrise, wird die Arbeiter Israels in Bewegung setzen. Dies bietet eine Chance für die Einheit der palästinensischen und israelischen Arbeiterklasse.

Ein sozialistisches Programm muß internationalistisch sein und an die Arbeiter der ganzen arabischen Welt appellieren, besonders der israelischen. Ein Grundprinzip von Marxisten, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, muß darin verankert sein. Ein Zusammenschluß Palästinas und Israels in einer sozialistischen Föderation und die Ausweitung auf die gesamten arabischen Staaten ist die Perspektive. Um aber die sozialistische Föderation der arabischen Staaten zu erklären, ist es von entscheidender Bedeutung, eine revolutionäre Führung aufzubauen, die sich in der israelischen und palästinensischen Arbeiterklasse verurzelt. Der gemeinsame organisierte Kampf für den Sturz des Kapitalismus in Israel und Palästina ist der einzige Weg.

Frank Klobes, Kassel
Jungsozialist



Im Gazastreifen wurden 30% des verfügbaren Landes 25.000 Siedlern zur Verfügung gestellt, während 650.000 Palästinenser auf dem restlichen Gebiet zusammengepfercht wurden.

stümener. Zehntausende von ihnen fahren jeden Tag nach Israel, um dort ihre Arbeitskraft für Hungerlöhne zu verkaufen. Zudem ist dies meistens die schwerste und dreckigste Arbeit, ohne Rentenanpruch und gewerkschaftlichen Schutz. Dieser Zustand wurde ganz bewußt herbeigeführt, indem die

Diese Tatsache hat der Aufstandsbewegung weltweite Sympathie verschafft. Sie hat Auswirkungen auf das Bewußtsein der israelischen Arbeiterklasse und der Jugend in der ganzen Welt. Sie hat die Herrscher der gesamten arabischen Welt in Schrecken versetzt. Die FAZ vom 7.1.1989 bringt



dener Feuerwehmann sagte aus, daß keinerlei Anzeichen für Brandstiftung vorliegen hatten.

Auch der Vorwurf der Spionage läßt sich nach den vorliegenden Beweisen nicht mehr aufrechterhalten. Die „geheimen“ und „vertraulichen“ Papiere des Betriebes waren nämlich unter der Aufsicht von leitenden Angestellten vernichtet worden. Wir rufen alle Leser auf, weiter aktiv in die Kampagne für Mahmouds Freilassung zu unterstützen. Denn in die Kampagne für Mahmouds Freilassung zu unterstützen, läßt ja nur sich selbst im Stich (Brecht). Die Solidaritätskampagne braucht vor allem auch Spenden, um Anwaltskosten, Reisen, Porto, Telefon und auch den Unterhalt von Mahmouds Familie zu bestreiten. Schickt Protestbriefe an die israelische Botschaft in Bonn, Simrockallee 2, 5300 Bonn 2. Kontaktadresse der Kampagne: Andreas Piqué, Lesingstraße 13

Der Weg zur sozialistischen Demokratie

Revolution von unten

Statt Reformen von oben

Der Besuch von Michail Gorbatschow in der BRD und die Reaktionen in der Bevölkerung zeigen einmal mehr, daß er im Westen zu einem der populärsten Politiker gehört. Große Hoffnungen und Erwartungen knüpfen sich an seine Person. Das macht indirekt auch deutlich, wie groß die Hoffnungen auf eine sozialistische Demokratie, auf einen Sozialismus „mit menschlichem Antlitz“ sind.

Das zeitliche Zusammentreffen der großartigen Demonstrationen in China mit Gorbatschows Besuch in Peking ist auch kein Zufall. Aber können Gorbatschow und die sowjetische Führung die in sie gesetzten Erwartungen wirklich erfüllen?

Sicherlich sind die Entwicklungen in den osteuropäischen Staaten, in China und vor allem in der Sowjetunion interessant und bedeutsam, vor allem deswegen, weil die Bevölkerung jetzt selbst zu Wort kommen, Unmut und Kritik ausdrücken kann und vielerorts versucht, sich selbst ins politische Geschehen einzuschalten. Vielleicht scheint es so, daß diese Entwicklung Gorbatschows neuem Kurs zu verdanken ist. Doch die Frage ist eigentlich, warum die Wende zu „Glasnost“ überhaupt eingeleitet wurde? Zwar spielen Persönlichkeiten in der Geschichte eine wichtige Rolle. Doch ist ihre Politik weniger in ihrer Person zu ergründen, als vielmehr in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen.

Unzufriedenheit

Gorbatschow ist keineswegs kraft eigener Erleuchtung zu diesem Kurs gekommen, sondern wegen der großen Unzufriedenheit, die sich unter der Oberfläche in der Sowjetunion aufgestaut hatte. Die Unfähigkeit der Bürokratie, die Produktivkräfte weiterzuentwickeln, stagnierendes oder rückläufiges Sozialprodukt, Warenknappheit, sinkender Lebensstandard – das alles kombiniert mit politischer Unterdrückung und Entmündigung der Arbeiter, Korruption und Vertemwirtschaft haben zu steigender Unruhe in der Gesellschaft geführt.

Weil der Boden unter ihren Füßen



Zu Lenins Zeiten waren die Sowjets (oder Räte) die demokratischen Organe der Arbeiter und Bauern.

zu brodeln begann, entschlossen sich die weitschichtigeren Teile der sowjetischen Bürokratie zu einer Kursrevolte. Wie sehr auch die sowjetische Bürokratie bereits auf einem Pulverfaß saß, zeigen die jetzt zugelassenen Enthüllungen in den sowjetischen Medien über Skandale und Korruption, die Stimmung in der Bevölkerung wie auch die vielfältigen politischen Bewegungen in vielen Teilen des Landes – und nicht zuletzt die sogenannten Wahlen zum Volksdeputierten-Kongress.

Reformen von oben

„Reformen von oben einführen, um eine Revolution von unten zu vermeiden“, das war schon immer der Rezept aller herrschenden Klassen oder Eliten in der Geschichte, wenn sie mit den alten Methoden nicht mehr weiterkommen konnten. So geht es der Führungsgruppe der sowjetischen Bürokratie vor allem darum, ihre Macht insgesamt zu erhalten. Auch wenn das be-

deutet, daß dafür Teile der Bürokratie geopfert und einige Privilegien beschnitten werden müssen. Keinstills geht es um vollständige Demokratisierung und um den Aufbau einer echten sozialistischen Demokratie, denn damit würde sich die Bürokratie selbst entmachten. Gorbatschow ist privilegiert oberster Repräsentant eben

Wir haben insgesamt keinen Grund, den Gang der Perestrojka heute voller Optimismus zu bewerten. Massenhafte Arbeitsverweigerung, Hungerstreiks, ungenehmigte Kundgebungen und Demonstrationen, sogar Streiks sind die Realität unseres Landes geworden.

Wladimir Mejnikow, 53, Parteisekretär des Kombi-Gebiets

dieser Bürokratie. Er wird und kann nicht den Ast absagen, auf dem er sitzt. Noch nie in der Geschichte haben sich herrschende Kasten oder Klassen selbst wegreformiert.

Sozialismus

Letztenendes hat der neue Kurs nichts anderes als die Erhaltung der Macht und des Systems im Auge, eines Systems, das fälschlicherweise als So-

zialismus bezeichnet wird. Zwar wurden durch die Oktoberrevolution Kapitalismus, existieren Gemeineigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft als Voraussetzungen für eine sozialistische Gesellschaft. In dieser historisch entwicklungsline betrachtet ist die Sowjetunion daher kein bürgerlicher Staat mehr, sondern ein Arbeiterstaat auf der Grundlage neuer Eigentumsverhältnisse. Doch die Arbeiterklasse hat nicht tatsächlich die Kontrolle über alle gesellschaftlichen Bereiche. Sie wurde im Zuge der Stalinisierung politisch entrechtet und entmündigt.

Die Sowjets oder Räte, die zu Zeiten der Oktoberrevolution einmal die demokratischen Organe der Arbeiter und Bauern waren – demokratischer übriges auch als der beste bürgerliche Parlamentarismus oder der jetzige Volksdeputierten-Kongress –, wurden innerlich ausgehöhlt und entmachtet. Die kommunistische Partei (KPdSU),

zu Lenins Zeiten Kampfinstrument und lebendiges Diskussionsforum der fortgeschrittensten Teile der Klasse, wurde als solche unter Stalin vollständig vernichtet, z.T. durch physische Liquidierung und Verfolgung der gesamten alten Garde der Bolschewiki.

KPD SU:

Rückgrat der Bürokratie

Die KPdSU ist seitdem weder kommunistisch noch eine wirkliche Partei, sondern das Rückgrat der Bürokratie, das organisierte Zentrum der herrschenden Elite. Als solches wird sie auch von weiten Teilen der Bevölkerung betrachtet. In einer Sitzung des Zentralkomitees der KPdSU vom 25.4.1989, die sich mit der Auswertung des ersten Wahlgangs zum Volksdeputierten-Kongress befaßte und von der Gorbatschow Auszüge veröffentlichten ließ, kamen, selbst Spitzenfunktionäre nicht umhin, diese Stimmung festzustellen. Juni Solowjow, Politbüro-Kandidat, stellte fest:



Gorbatschow hat mit seinem Reformkurs große Hoffnungen geweckt. Aber Perestrojka bedeutet letztlich das Abwürgen der Mißwirtschaft auf die Arbeiter.

Bei einem Teil der Jugend bildet sich die schwankende Meinung, daß sich die KPdSU als eine Partei der Fehler und der Verbrechen am Volk erwiesen hat. Und Walentin Messlajz, Parteisekretär des Moskauer Gebiets, erportierte sich: „In Moskau ist es jetzt Mode, Flugzettel, Plakate und alle möglichen Aufrufe zu verbreiten. Ich sage Ihnen: Das sind keine Kinderspiele. Das sind politische Losungen, die zum Sturz der Sowjetmacht aufrufen, zum Sturz der Partei.“ Auch diese Außenwirkung macht sehr deutlich, wie sehr die Bürokratie die Partei mit der Staatsmacht gleichsetzt.

„Freie“ Wahlen?

Deswegen ist es auch kein Wunder, wenn bei aller Liberalisierung doch an der zentralen Vormachtstellung der Partei unverrückbar festgehalten wird. Dies will die Bürokratie keinesfalls antasten lassen, denn das ist der Kernbereich ihrer Machtausübung. Dies gilt auch für die anderen Ostblockstaaten. Selbst da, wo unter dem Druck der Bevölkerung andere Gruppierungen oder Organisationen zu Wahlen irgendwelcher Gremien zugelassen werden, ist doch die Vormachtstellung der KP von vornehmlich klar (wie z.B. jetzt in Polen). Die formale Zulassung mehrerer registrierter Parteien (wie in Ungarn) ändert nichts daran, daß die Partei der Bürokratie kein Stück ihrer Beherrschung des Staatsapparates aufgibt. Auch die Wahlen zum Volksdeputier-

ten-Kongress in der SU hatten letzteres zum Ergebnis, daß 7/4 aller Gewählten Mitglieder der KPdSU sind. Selbstverständlich waren diese „Wahlen“ dennoch von großer Bedeutung, weil sie die überwältigende Ablehnung des stalinistischen Kurses seitens der Bevölkerung zeigten. Von „freien Wahlen“ (wie erstaunlicherweise selbst die hiesige Presse schrieb) kann allerdings nicht mal nach Maßstäben der bürgerlichen Demokratie die Rede sein, ganz zu schweigen von den Maßstäben der sozialistischen Demokratie, wie sie in revolutionären Situationen von der Arbeiterbewegung in Form von Räten oder Sowjets immer wieder in Ansätzen geschaffen wurden.

Erfahrungen

der Pariser Kommune

Marx und Engels verallgemeinerten die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 und Lenin die der ersten russischen Revolution von 1905 da-

kontrolle der Bewaffnung durch die gewählten Organe der Arbeiterklasse. Dies sind die Grundzüge einer sozialistischen Demokratie, denn nicht nur Gemeineigentum an Produktionsmitteln, sondern wirkliche Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung über die gesellschaftlichen Entwicklungen gehören zum Sozialismus.

Wirtschaftliche Misere

Der wissenschaftliche Sozialismus entspringt der Erkenntnis, daß erst die grundlegenden materiellen Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigt werden müssen, damit jeder sich geistig und

Die Wirtschaftsreform tritt auf der Stelle. Von einer Belegschaft wurde mir direkt die Frage gestellt: Wie lange noch bekommen wir als Lohn Straßenbahnfahrtscheine, die zum Kompost taugen?

Juri Solowjow, 63, Politbüro-Kandidat und Gebietspartei-Chef von Leningrad

kulturell weiterentwickeln kann. Doch Mißwirtschaft, Korruption, Lebensmittelknappheit, Schlangen vor den Läden, niedriges Produktionsniveau – das alles als „Sozialismus“ zu bezeichnen, ist geradezu ein Hohn.

Die wirtschaftliche Misere in der UdSSR und den anderen Ostblockstaaten ist dabei nicht die Folge der Planwirtschaft als solcher, sondern der bürokratischen Diktatur der Elite. „Planwirtschaft braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff.“ Diese be-

hingehend, daß eine Arbeiterdemokratie u.a. umfassen muß: volle Rechenschaftspflicht aller Gewählten, Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre, kein Funktionär darf mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Zug um Zug Einarbeitung aller in die Führungsfunktionen von Wirtschaft und Staat, also Rotation der Ämter, Auflösung des stehenden Herrens und Kon-

Die Wahlkandidaten und ihre Vertrauenspersonen fühlten selbst den Zorn eines erheblichen Teils der Bevölkerung über die offenen und versteckten Preissteigerungen, das Verschwinden billiger Ware, die Fehler bei der Entwicklung der (privaten) Kooperativen.

Bei uns gibt es jetzt wie in vielen anderen Gebieten Zucker auf Bezugschein, ein Kilo pro Kopf im Monat. Gerade zur Wahl entstand das Problem mit Seife und Waschpulver, die Arbeiter empörten sich: Was haben wir für eine Staatsmacht, wenn wir uns nicht waschen können?

Ramir Bobowikow, 61, Parteichef von Wladimir, ZK-Kandidat

reits von Trotzki formulierte Erkenntnis hat jetzt auch Gorbatschow erreicht.

Doch in der Praxis geht der Kurs eher in eine andere Richtung. Perestrojka in der Wirtschaftspolitik bedeutet Hinwendung zu verstaatlichten marktwirtschaftlichen Theorien, bedeutet letztlich das Abwürgen der Folgen der Mißwirtschaft auf die Arbeiter. Für intellektuelle und kulturell schaffende mag Glasnost gewisse neue Freiräume und Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Aber für die Arbeiter bedeutet Perestrojka nur sinkender Lebensstandard und sogar Arbeitslosigkeit.

Die wirtschaftlichen Probleme können nicht durch mehr Markt gelöst werden. Das zeigen die Entwicklungen in der Ungarn, Jugoslawien und China, die diese Politik ja schon seit Jahren betreiben und mit noch katastrophaleren Zuständen konfrontiert sind. Nur wenn die arbeitende Bevölkerung, die Produzenten und Konsumenten selbst, Wirtschaft und Staat demokratisch kontrollieren, kann eine Entwicklung zur sozialistischen Demokratie eingeleitet werden. Aber dies kann nicht das Geschenk von oben, von erleuchteten Bürokraten sein. Der Sturz der Bürokratie als herrschender Elite muß von unten erkämpft werden.

Angela Bankert, Köln

Jungsozialistin

Literaturhinweise:
Lenin, Staat und Revolution
Trotzki, Verräter Revolution

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Liebe Genossinnen und Genossen, Wir bitten die Jugend und die Sozialisten international um Unterstützung. Wir sind junge Arbeiter und Jugendliche, die SAYCO (South African Youth Congress) aufbauen, um für Demokratie und Sozialismus zu kämpfen.

Wie ihr vielleicht gehört habt, leben wir in Süd-Afrika seit 1985 ständig unter dem Ausnahmezustand. Weil der südafrikanische Staat die Kraft der schwarzen Arbeiter fürchtet, wurde 1987 entschieden, alle fortschrittlichen Organisationen wie z.B. SAYCO, UDF (United Democratic Front) und viele andere zu verbieten. Aber das hinderte die schwarze Mehrheit nicht, den Kampf weiterzuführen.

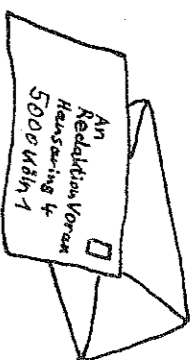
Der Staat benutzt sogar Schlägertrupps, um uns anzugreifen, wie in Natal, wo Inkatha, unterstützt von Polizei und Armee, Congress-Unterstützer angreift und tötet.

Hier in Boland haben wir Probleme, z.B. wenn wir Flugblätter herstellen wollen, um Dinge wie Schulboykotts, Meiststreiks und Arbeitsstreiks zu verbreiten. Wir brauchen dringend Verweiligungsmöglichkeiten und Geld, um Flugblätter und Broschüren her-

stellen zu können und um Bücher für die politische Ausbildung anschaffen zu können.

Vielleicht habt Ihr von Boland gehört. Es ist ein ländliches Gebiet. Das heißt, wir brauchen Transportmittel, um z.B. von Farm zu Farm fahren zu können.

Wir haben von Euren Kämpfen in Deutschland gehört, wie Jugendliche und Arbeiter um Arbeitsplätze kämpfen, um die 35-Stunden-Woche. Wir haben auch von den Stahlarbeiterstreiks gehört. Wir wissen, daß Kohl Bohas Freund ist. Was sie beide zusammenhält ist, daß sie die Arbeiter international ausbeuten. Das ist einer



der Gründe, weshalb wir direkt miteinander in Verbindung treten sollten.

Sozialistische Grüße
Zinzie Mfo
(SAYCO-Mitglied, Boland)

Wer die Genossen in Süd-Afrika in ihrem unter schwersten Bedingungen geführten Kampf unterstützen möchte, wende sich bitte an die Redaktion. Wir werden die Spenden weiterleiten. Wenn z.B. eine Juso-AG oder eine Jugendgruppe der Gewerkschaft direkte Verbindung zu den südafrikanischen Genossen aufnehmen möchte, können weitere Infos über die Redaktion bezogen werden.

„Kaffeekränzchen in Weiß?“

Bundgesundheitsministerin Lehr hatte eine Personalaufstockung bei den Pflegekräften mit der Begründung abgelehnt, Krankenschwestern nutzen die Mehrzeit zum Schwärzchen in der Küche. Hierzu erreichten uns folgende Stellungnahmen von Betroffenen:

Herbert:

Wie erklärt sich Frau Lehr, daß so viele Krankenschwestern und -pleger nach wenigen Jahren den Beruf aufgeben – bei so einem Traumbjob mit Kaffeekränzchen in Weiß? Bei uns werden ganze Stationen wegen Personalmangel geschlossen. Die Patientinnen auf anderen Stationen, die dann überbelegt sind – bei gleichem Personal! Die Arbeitgeber ignorieren diese Verhältnisse, einschließlich Frau Lehr. Von ihnen können wir keine freiwilligen Verbesserungen erwarten. Wir helfen immer anderen – jetzt helfen wir uns selber!

Bodo:

Dieses Zitat ist ein Beispiel, wie wenig Wissen die Ministerin von den Verhältnissen in den Krankenhäusern hat. Aus diesem Grunde möchte ich sie gerne einladen, mal eine Woche hier zu arbeiten und mein Gehalt zu beziehen.

Kampffonds

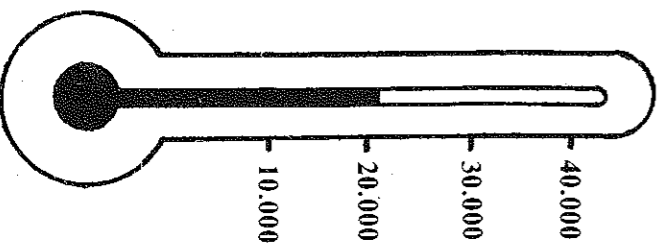
Nur weiter so!

Laut einer Studie, die kürzlich die Verdienste europäischer Topmanager untersucht, bekommen deutsche „Wirtschaftsführer“ 22.750 DM (netto) im Monat. Das ist ungefähr zehnmal so viel wie ein durchschnittlicher Facharbeiterlohn. Kein Wunder also, daß wir von ihnen und ihren Vertretern in der Regierung nur Lobesgänge auf die „freie Marktwirtschaft“ hören – davon profitieren sie selbst allzugenut!

VORAN dagegen ist die Plattform für alle Sozialisten, die nach wie vor für die Enteignung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und dem Aufbau einer demokratischen Planwirtschaft einstehen. Seit der ersten Ausgabe 1973 nimmt VORAN einen klaren Klassenstandpunkt ein – gegen das kapitalistische Mißwirtschaftssystem, gegen die imperialistische Ausbeutung der „3. Welt“ und gegen die bürokratische Unterdrückung in den Ostblockstaaten.

Sie wird von aktiven SPD-Mitgliedern, Jusos, Falken und Gewerkschaftern getragen, finanziert und verbreitet die den Marxismus als lebendige Anleitung zum Handeln verstehen. Jeden Monat zeigen sie mit ihren eigenen Spenden und Sammelaktivitäten, was sie von der Politik der Herrschenden in Ost und West halten.

So gingen bei uns im 1. Quartal 17.279,11 DM ein; das war 43% unseres Ziels. Bedeutend besser angefangen hat das 2. Quartal dank der großartigen Sammlung auf der Veranstaltung in Köln am 16.4.1989. Mit Spenden von 21.626,66 DM im April allein ist das Ergebnis vom 1. Quartal bereits übertroffen! Vom Veranstaltungsergebnis von fast 20.000 DM sind schon 16.826,60 DM auf unser Konto eingegangen.



Spendenkonto:
VORAN, Postgironr. Essen
Bl.Z. 36010043

Nachtrag zum Leserbrief in VORAN-Nr. 109 „Ich werde nie wieder schwärzen!“

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe Euch geschrieben, daß es in der Zahntechnik sehr schlecht aussieht und daß Entlassungen anstehen. Vor kurzem ist uns im Betrieb mitgeteilt worden, daß vier Techniker entlassen werden; vier von neun Technikern, das sind 45% der Techniker in unserem Labor.

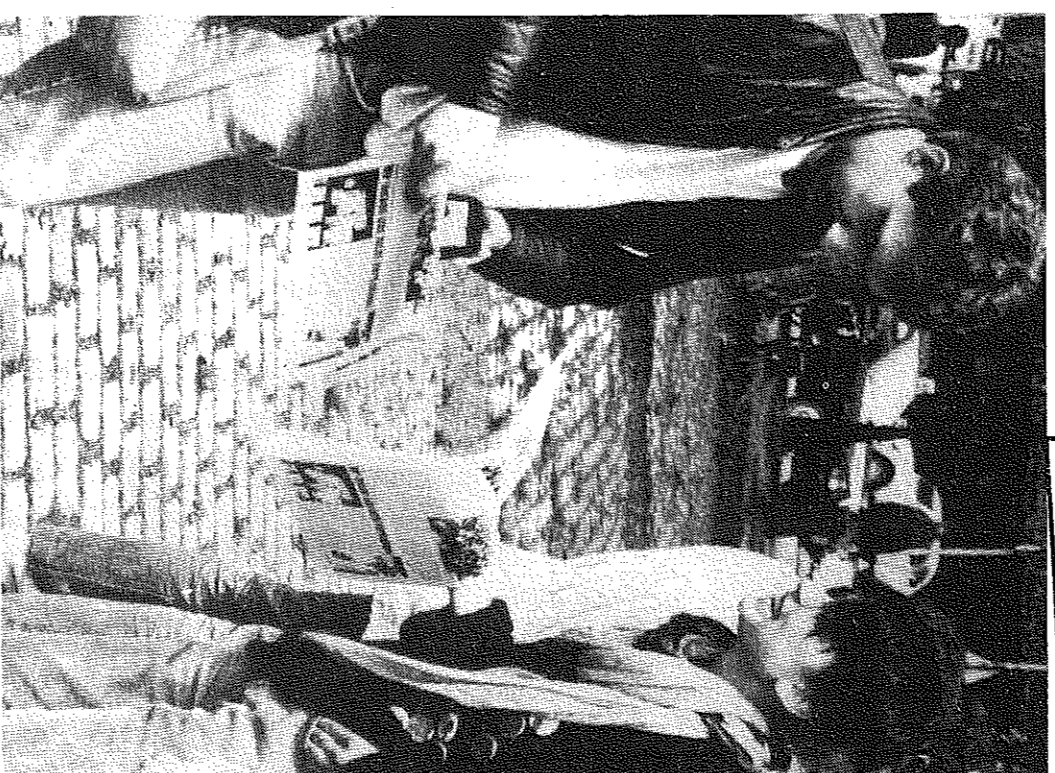
Es ist uns mitgeteilt worden, daß, wenn jemand vor das Arbeitsgericht geht und gewinnt, der Betrieb geschlossen wird. Einer von denen, der

entlassen werden soll (er hat vor zehn Jahren den Betrieb mit aufgebaut) war bei einem Rechtsanwalt und gewann er eine Möglichkeit zum Gewinn sieht, vor das Arbeitsgericht. Ich und meine Kollegen stehen hinter ihm. Ich will hoffen, daß die anderen Techniker, denen gekündigt werden soll, sich nicht einschüchtern lassen und sich auch wehren.

Wie sieht es in anderen Labors aus und wie geht es den Apothekern, Ökern und anderen Reformbetreibern?

Mit solidarischen Grüßen
Brigitte Klüttingen
Jungsozialistin aus Aachen

Verkauf VORAN



Auf dem Juso-Pringscamp in Saarbrücken stieß das Material von VORAN auf reges Interesse. Ca. 400 Zeitungen und fast 300 Broschüren wurden verkauft, während der Demonstrationen zum 1. Mai oder bei Straßendemonstrationen kamen Arbeiter, Jugendliche und Hausfrauen auf uns zu, viele mit Fragen: „Seid Ihr die Zeitung, die jetzt die diktatorische Macht werden soll?“ Nein, die sind wir nicht, das ist der VORWÄRTS, die traditionelle Zeitung der SPD. Aber diese Frage zeigt, wie stark doch das Interesse an einer politischen Zeitung ist, die den Standpunkt der „kleinen Leute“ vertritt. Wir müssen nun ihnen hingehen und sie anbieten!

ihr da oben . . .

Erfolg

„die aktulle“, Zeitschrift für die ganze Familie, ist immer voll guter Tipps und Ratschläge. Wie wird man erfolgreich? Indem man das unnötige Frontdenken, das es bei uns gibt, abhaut. Denn dies belastet die Zusammenarbeit. „Der Chef ist der Boß, und der Angestellter ist der arme Knecht, das ist Quatsch.“ Das kannst du ja deinem Chef demnächst sagen, wenn du ihn entlassen willst.

Geldprobleme

Sorgen hat augenblicklich besonders die Chemie-Industrie: Sie weiß nicht mehr wohin mit dem Geld. Bayer z.B. hatte im Jahr 88 einen Gewinn (vor Steuern) von fast 3,8 Milliarden DM. Bei Hoechst stieg der Gewinn im gleichen Zeitraum um ein Drittel. Hoechst verfügt derzeit über flüssige Mittel von ca. 3,4

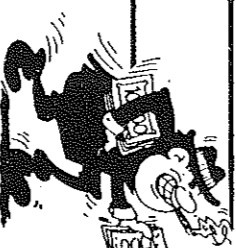
Milliarden DM. Bayer über 4,5 Milliarden.

Nur eins ist klar, nämlich wo das Geld nicht eingesetzt werden soll: für den Erhalt bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen. So will Hoechst im Pharmabereich 600 Arbeitsplätze abbauen.

Ein Herz für Frauen

Die Regierungskoalition hat ja doch ein Herz für Frauen, auch wenn es manchmal nicht so aussieht. Eine 52-jährige Hausfrau versorgt seit Jahren ihren schwerkranken Ehemann und 5 Kinder, eins davon spastisch gelähmt. Sie steht täglich um 5 Uhr morgens auf und fällt um 11 Uhr abends geschafft ins Bett. Das Geld reicht hinten und vorne nicht.

(Und bekommt sie jetzt mehr Geld? Oder eine Hilfe? Oh nein, sie bekommt das Bundesverdienstkreuz – und den ersten gemeinsamen Urlaub ihres Lebens, nämlich von Hannover nach Bonn zum Bundespräsidenten. Und wer weiß, was so ein Bundesverdienstkreuz auf dem Schwarzen Markt einbringt.



Ein Lob für die schwedische Disziplin

Die Sozialdemokratische Partei Schwedens, deren Führer hundert von Unterstützern der marxistischen Zeitung „Offensiv“ ausgeschlossen haben, feiert ihren hundertsten Geburtstag.

Unter den vielen Glückwünschen schreiben findet sich auch das folgende: „Ich habe großen Respekt vor dieser Partei. Sie hatte den Mut, für ihre Ideen einzustehen. Es ist ein disziplinierte Partei, die keine stützenden Elemente – etwas, was in umstürzenden sozialdemokratischen Parteien weit verbreitet ist – in ihren Reihen duldet.“

Dieses dicke Lob kam von Giorgi Arbatov. Darauf können die Führer der schwedischen Sozialdemokratie sich wirklich etwas einbilden, denn Arbatov ist auf dem Gebiet nicht um erfährten – er ist Mitglied im Zentralkomitee der KPSSU.

... wir hier unten

Private Kampfmittelräumdienste

Profit Contra Leben

Tag für Tag wird in der BRD nach Bomben, Granaten und Munition aus dem 2. Weltkrieg gesucht. Mehrere hundert Männer (Frauen dürfen diesen Beruf nicht ausüben) sind auch fast 45 Jahre nach Kriegsende damit beschäftigt, dieses brennende Erbe unschädlich zu machen.

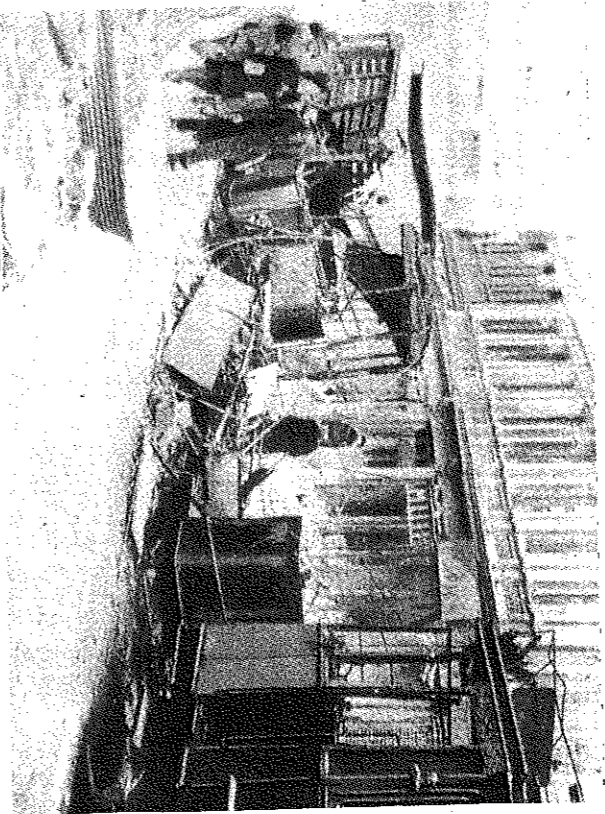
Daß die gefundenen Bomben, sogenannte Blindgänger, gefährlich sind, weiß jeder. Kaum einer erfährt aber, unter welchen Bedingungen die Kampfmittelräumer arbeiten müssen. Mit der Kampfmittelräumung werden hauptsächlich private Vertragsfirmen beauftragt, obwohl es sich um eine hoheitsstaatliche Aufgabe handelt.

Heinz-J. Kaltenbach*, Kampfmittelräumarbeiter bei der privaten Kampfmittelräumfirma Röhl, schildert die Lage:

„Die Arbeitsbedingungen sind gerade gesagt miserabel. Die vorgeschriebene Sicherheitsfachkraft ist in unserem Betrieb eigentlich nicht vorhanden. Um dies dennoch vorzugeben, fährt ein leitender Mitarbeiter mit dem Dienstwagen durch die Gegend, auf der Hutablage einen weißen Helm, das steht SF drauf, das bedeutet Sicherheitsfachkraft. Der ist aber gar keine Sicherheitsfachkraft.“

Keine Ausbildung

Weiter gibt es keine Ausbildung und keine Ausbildungsordnung für Kampfmittelräumarbeiter. Wenn du also morgen bei uns anlangen würdest, dann würdest du einem Kollegen zugeweiht. Einer sucht mit dem Metall-detektor, der andere hackt. Wenn der Metalldetektor ein Signal gibt, muß du an der Stelle in die Boden handgraben. Du weißt aber nicht, wie eine Handgranaat aussieht, wie eine Wurfgranaat aussieht, du weißt auch nicht, wie eine Bombe aussieht. Du hackst also drauf los und kannst Glück haben, daß du neben den Sprengkörper trittst oder du kannst Pech haben, daß du voll darauf haust. Nur der erfahrene Kampfmittelräumer hört, ob er auf einen Stein oder auf einen metallischen Gegenstand geschlagen hat. Deswegen



Zerstörtes Berlin 1945: Auch fast 45 Jahre nach Kriegsende müssen noch viele Bomben unschädlich gemacht werden.

möglichst viel Fläche abgesucht werden. Sehr gefährlich sind auch die Phosphorbomben. An der Luft können sie zu brennen anfangen und es entstehen lebensgefährliche Phosphordämpfe. Darüber hat uns aber niemand aufgeklärt. Wir sind deshalb früher sehr sorglos mit dem Zeug umgegangen. In einem Fall, vor ein paar Jahren, bei

der, arbeitet aber noch, weil er keine Berufsunfähigkeitsrente bekommt, weil Kampfmittelräumer eben kein Beruf ist. Es gibt viele Kollegen - einige von ihnen arbeiten noch, andere haben vorzeitig aufgehört - die Beschwerden haben. Was mich stutzig macht ist die Tatsache, daß meiner Meinung nach überdurchschnittlich viele Kollegen an Krebs erkranken: Magenkrebs, Darmkrebs und größtenteils an Lungenkrebs. Es kann sein, daß diese Kollegen auch Raucher sind, diese Krankheiten durch das Rauchen noch verstärkt werden, aber ich hege den begründeten Verdacht, daß den Kollegen durch den argelessen Umgang mit Phosphor und anderen gefährlichen Stoffen erheblicher Schaden zugefügt wurde. Im Fernsehen wurde kürzlich über ähnliche Fälle berichtet.

Der Kampfmittelräumdienst erfüllt eine hoheitsstaatliche Aufgabe. Im allgemeinen ist auch nur vom „staatlichen“ Kampfmittelräumdienst die Rede. Der staatliche Kampfmittelräumdienst ist hauptsächlich die Kontrolle über die privaten Firmen aus, d.h. die von den privaten Firmen gefundene Munition wird von dem staatlichen Kampfmittelräumdienst abgeholt und der Vernichtung zugeführt. In geringem Umfang wird unsere Arbeit, das Suchen von Munition, auch vom staatlichen Kampfmittelräumdienst durchgeführt. Für dieselbe Arbeit verdienen diese Kollegen etwa 20 Prozent mehr. Sie bekommen etwa 200 DM mehr Gehaltszulage. Die Arbeitsbedingungen sind beim staatlichen Kampfmittelräumdienst nicht so schlecht wie bei den Privaten.

Forderungen

Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit, d.h. Orientierung an der Bezahlung im staatlichen Kampfmittelräumdienst. Die privaten Kampfmittelräumfirmen sperren sich vehement gegen diese Angleichung.

Wir fordern auch eine Ausbildung für die mit der Kampfmittelräumung beschäftigten Arbeiter. Dazu muß zuerst eine Ausbildungsordnung erstellt

Gepante Entlassungen bei Gossen, Erlangen

„Besonders hart trifft es die Älteren“

Bei der elektronischen Fabrik Gossen in Erlangen sollen demnächst von den derzeit 1200 Beschäftigten 205 Menschen „freigestellt“, also entlassen werden. VORAN sprach dazu mit Rolf Franta, einem Beschäftigten, der vor diesen Entlassungen betroffen ist.

VORAN: Herr Franta, bei Ihrer Firma sollen jetzt 205 Beschäftigte entlassen werden. Womit begründet Gossen dieses Vorgehen?

Franta: Die Firmenleitung begründet dies mit der „derzeitigen schlechten Situation der Firma“ und „Umstrukturierungsmaßnahmen“, d.h. Rationalisierung durch neue Technik. Dabei habe ich erst letzte Woche erfahren, daß in der Fertigung zur Zeit Überstunden geleistet werden, obwohl der Betriebsrat keine Überstunden genehmigen wollte, da im Bereich der Fertigung 100 Menschen entlassen werden sollen. Es ist auch nichts darüber bekannt, daß Gossen Verluste macht und somit vielleicht wirklich in einer „schlechten Situation“ wäre.

VORAN: Welche Bereiche werden hauptsächlich von den Entlassungen betroffen sein?

Franta: Von den Entlassungen sind alle Bereiche betroffen. Es werden 150 Beschäftigten im gewerblichen Bereich und 55 in der Verwaltung freigestellt. Der einzige Bereich, der ausgespart bleibt, ist die Führung der Firma. Dort gibt es drei Geschäftsführer, drei Direktoren, vier Prokuristen und 47 leitende Angestellte, von denen keiner überflüssig zu sein scheint. Im Gegenteil, das Management ist erst vor kurzem mit neuen BMW's ausgestattet worden. Das Schlimme ist, daß hauptsächlich ältere Mitarbeiter - so ab 45 - entlassen werden. Die Firmenleitung begründet dies damit, daß der Anteil der älteren Mitarbeiter zu hoch ist.

VORAN: Und wie ist jetzt die Stimmung im Betrieb? Was wird von Seiten des Betriebsrates gegen die Entlassungen unternommen?

werden. Die Kreisdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft ÖTV hat vor einiger Zeit einstimmig einen Antrag verabschiedet, daß der private Kampfmittelräumdienst zurückgeführt werden soll in die staatliche Obhut. Der Antrag wird, wie von der ÖTV verkündet, inzwischen auch auf Bezirksebene



„Nicht Heiden, sondern Opfer“ - Kampfmittelräumarbeiter Heinz-J. Kaltenbach.

behandelt. Die ganze Misere in der privaten Kampfmittelräumung, was Sicherheit, Ausbildung, Lohn betrifft, kann nur beseitigt werden, wenn alle Arbeiter von staatlichen Kampfmittelräumdiensten ausgeführt würden. Da gäbe es auch noch einiges zu verbessern, aber die Ausgangslage wäre viel günstiger. Die privaten Kampfmittelräumfirmen haben nur ein rein wirtschaftliches Interesse. Die interessiert nur das Geld. Wie wir arbeiten, wie gefährlich unsere Arbeit ist, das interessiert die nicht.

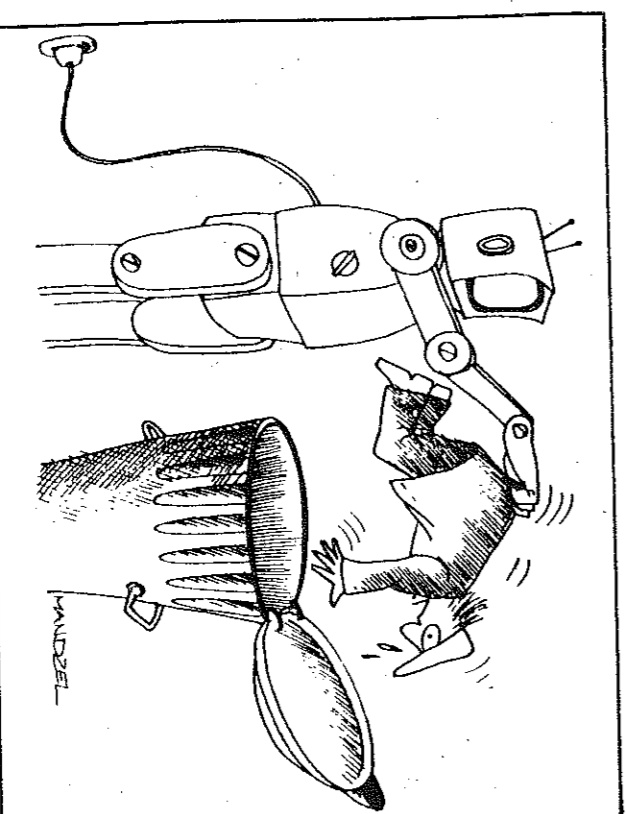
Ab und zu bekommt jemand das Bundesverdienstkreuz. In der Öffentlichkeit meint man dann vielleicht, wir wären Heiden. Ich sehe uns eher als Opfer, denn wenn wir gewußt hätten, worauf wir uns einlassen, hätten viele von uns erst gar nicht angetanzen.

*H.-J. Kaltenbach ist Betriebsratsvorsitzender

Franta: Ja, die Stimmung ist ziemlich mies. Die Leute, die direkt von den Entlassungen betroffen sind, sind verärgert, aber irgendwie hoffungslos. Die anderen sind lieber still, bevor sie auch ihren Job verlieren. Der Betriebsrat verhandelt im Moment mit

VORAN: Und wie sieht Ihre persönliche Lage jetzt aus?

Franta: Ich bin 48 Jahre und habe bereits 16 Jahre in der Firma gearbeitet. In zwei Jahren wäre für mich der Kündigungsschutz in Kraft getreten. Meine Chancen auf dem Arbeitsmarkt



Zunächst drohte die Werkleitung mit Kündigung, durch Einschalten des Betriebsrates wurden die vier schließlich per Abmahnung gemäßigelt. Rein arbeitsrechtlich betrachtet ist die Sachlage zwar klar. Doch unter diesem Gesichtspunkt war der ganze Arbeitskampf der Kruppianer nicht

„rechtens“. Viele Kollegen sind davon überzeugt, daß dies während des Arbeitskampfes nicht passiert wäre. Sie fragen sich auch, ob nicht durch kompromißloseres Verhalten des Betriebsrates auch die Abmahnungen hätten verhindert werden können. Wenn wir während des Arbeitskampfes andere Betriebe aufgefordert haben, aus Solidarität mit uns die Arbeit niederzulegen, dann müssen jetzt auch die eigenen Kollegen geschützt werden - und zwar ohne Ansehen der Person, so ein Kruppianer.

Die Abmahnungen sollen ein Warnschuß an die ganze Belegschaft sein, um sie einzuschüchtern und von zukünftigen Aktionen abzuhalten. Ein Jahr nach dem Arbeitskampf fühlt sich die Kapitaleite offenbar wieder stark genug, einzelne Kollegen herauszuspicken und zu disziplinieren. Dies darf nicht einfach hingeworfen werden - egal, was davon betroffen ist. Deswegen müssen die Abmahnungen vom Tisch.

Solidaritätsresolutionen und Anforderung von Unterschriftenlisten an: Wolfgang Kolditz, Schützenstraße 16, 4100 Duisburg 14.

Angela Bankert, Köln

Jungsozialistin



Woll sie die kämpfenden Kollegen der Zeche Sophia-Jacoba unterstützen, bekamen vier

sind fast aussichtslos. Beim Arbeitsamt habe ich jetzt einen Antrag auf Schwerbehindertenzustand gestellt, aber die Chance ist relativ gering, damit die Kündigung zu verhindern, da dieser besondere Kündigungsschutz bei Einstellung eines Sozialplans wegfällt. Für mich und meine Familie ist die Situation deshalb vollkommen unübersehbar. Ich habe zwei Kinder in Ausbildung, eine studiert gerade, die andere wollte eigentlich auch studieren, aber es ist fraglich, ob wir uns das jetzt noch leisten können.

Das Interview führte Andrea Pfeiffer, Jungsozialistin aus Nürnberg.

VORAN

Streiks des Pflegepersonals

Rebellion im Krankenhaus

Das hat es in der BRD noch nie gegeben: Über 50.000 Krankenschwestern und -pfleger streiken für bessere Tarifverträge. Aufschiebbar Operationen werden verschoben, die Ärzte müssen bei der Visite selbst Notizen machen.

Eine Notversorgung gewährleistet, daß keine Gesundheitsgefährdung für die Patienten entsteht. Diese unterstützen die Streikenden, bringen ihnen Kaffee und Kuchen.



Bedenkt man, daß Protestkundebunden und Streiks in der Krankenpflege so gut wie keine Tradition haben und nur 10 bis 15% der Kolleginnen und Kollegen in der ÖTV organisiert sind, kann man sich die Wut der Schwestern und Pfleger vorstellen.

Der Arbeitskampf wird auf dem Rücken der Patienten ausgetragen, sagen die Arbeitgeber. Dabei sind sie es, die zu verantworten haben, daß „Streiknotbesetzungen“ auf Stationen oft zum Normalzustand gehören. Die Hauptforderung der ÖTV nach höherer Eingruppierung bringt gerade 150 bis 300 Mark mehr. Netto bleibt da nicht viel übrig. Eine Betriebskrankenschwester bekommt heute schon knapp 1000,- DM netto mehr - ohne Schicht und Wochenendarbeit. Die ÖTV-Forderungen müssen voll durchgesetzt werden. Aber auch das kann nur ein erster Schritt sein, um die Verhältnisse für Personal und Patienten zu verbessern. SPD-regierte Länder und Kommunen müssen die Blockadefront gegen die Forderungen der Pflegekräfte durchbrechen, indem sie die ÖTV-Forderungen umgehend erfüllen. Immerhin hat die SPD in sechs von elf Bundesländern die Mehrheit, kontrol-

liert außer Stuttgart alle Großstädte und hat in den Kommunen über 100/000 Einwohnern 44,7% der Ratsitze, zusammen mit den Grünen sogar 52%. Falls die Genossen nicht freiwillig zu Zugeständnissen bereit sind, muß die SPD-Basis entsprechenden Druck organisieren.

Falls die Arbeitgeber trotzdem nicht nachgeben, bleibt der ÖTV nichts anderes übrig, als Streiks auszu-



SPD-regierte Länder und Kommunen müssen die Forderungen der ÖTV umgehend erfüllen.

Die Juso-AG Stuttgart-Mitte fordert von der Stadt Stuttgart:

- Ausbildungsvergütungen von 1000 DM im ersten, 1200 DM im zweiten und 1400 DM (netto) im dritten Ausbildungsjahr.
- Mindestgehalt von 2500 DM netto für alle nach der Ausbildung.
- Zuschläge für Schicht-, Wochenend- und Feiertagsdienst entsprechend der Tarifregelungen in der Metallindustrie.
- Ausreichende finanzielle Mittel für die betriebliche und außerbetriebliche Fortbildung. Vollfinanzierung und Lohnfortzahlung bei inner- und außerbetrieblicher Weiterbildung und -qualifizierung.
- Keine Anrechnung der Auszubildenden auf die Stellenpläne in den Krankenhäusern.
- Verbesserung des Schlüssel-Schulchwestern und -pfleger zu Auszubildenden auf 1:1,5 (heute 1:20). Freigestellte Praxisanleiterinnen und -anleiter auf allen Stationen.
- Die Wirtschaftlichkeit darf in den Krankenhäusern nicht im Vordergrund stehen. Bestmögliche Pflege und Versorgung der Patienten müssen gewährleistet sein.
- Orientierung der Stellenpläne an weiten. Jeder von uns ist potentieller Patient. Die volle Durchsetzung der

einer patientenorientierten ganzzheitlichen Pflege. Für die Schichtübergabe und Teambesprechungen muß genügend Zeit vorhanden sein. - Personalausfall durch Urlaub Schwangerschaft und Krankheit müssen einkalkuliert werden. Einhaltung der tarifvertraglichen Regelungen bezüglich der Umkleedzeiten. Für jeden Beschäftigten in Krankenhaus muß die 5-Tage-Woche möglich sein.

- Schaffung von ausreichenden und kostenlosen Kindertagesstätten sowie Kinderbetreuungsmöglichkeiten auch für Schulkinder. Anpassung der Öffnungszeiten an die Arbeitszeiten des Pflegepersonals.
- Mitbestimmung des Personals bei der Dienstplangestaltung.
- Einrichtung einer Jugend- und Auszubildendenvertretung.
- Erstellung von Berufsbildern mit klarer Abgrenzung der Aufgabenbereiche für das Pflegepersonal.
- Wahl aller Vorgesetzten, Mitbestimmung des Personals in allen Bereichen.
- Abschaffung der Musterdienstverträge für Chirurgen.

Memmingen

Klassenjustiz in Bayern

Das Urteil des Landgerichts Memmingen gegen den Frauenarzt Dr. Theissen ist ein Paradebeispiel für die Klassenjustiz in unserem Land. Auch wenn die Strafe ihm persönlich trifft, richtet sich das Urteil eigentlich gegen alle Frauen, die sich mit einer ungewollten Schwangerschaft in einer Notlage finden. Hier sollte - nicht nur in Bayern! - ein Exempel statuiert werden.

Frauen und fortschrittlichen Ärzten sollte mit diesem Prozeß die „familienefreundliche“ Politik der christlichen Unionsparteien in Bund und Ländern verdeutlicht werden. Zudem sollte auch daran erinnert werden, daß Abtreibung laut § 218 des Strafgesetzbuches immer noch strafbar ist, auch wenn es die rechtlich festgeschriebene „Notlagenindikation“ gibt. Denn was Urteil nicht der Arzt und schon gar nicht die betroffene Frau zu entscheiden, sondern - die Richter!

Was ist eine Notlage?

Für den Staat besteht das „Verbrechen“ des Dr. Theissen darin, daß er leichten Endes die Frauen darüber entscheidet, was für sie eine Notlage darstellt. Als Frauen haben wir das

sen es die Richter besser, was ihr zuzumuten gewesen wäre.

Alle Frauen können zwar von einer ungewollten Schwangerschaft betroffen sein; aber nur die, die Geld haben, können wirklich frei entscheiden, ob sie das Kind bekommen oder nicht. Wieviel haben Sie dafür hingeblickt, Richter Ot (wegen Befangenheit abgelehnter Richter im Memminger Prozeß, d. Red.), damit Ihre Freundin damals abtreiben konnte (oder mußte)? Wenn das nötige Kleingeld da ist, fragt niemand nach der Moral.

„Familienfreundlich“ = Frauenfeindlich!

Für die Entscheidung, ein Kind zu bekommen oder nicht, zählen die materiellen Umstände, in denen es aufwachsen wird, sicherlich mit zu den Hauptfaktoren. Da hilft ein erhöhtes Kinder- bzw. verlängertes Erziehungs-geld wenig. Und eine Geburtsprämie von der Stiftung „Mutter und Kind“ in

finanziellen Härtefällen ist angesichts der Kosten einer 20jährigen Versorgung des Kindes nichts anderes als billige Erpressung und Heuchelei. Da hilft nur ein gesetzlich gesichertes Mindesteinkommen für Mann und Frau.

Gleichzeitig werden die Bundesmittel für Beratungsstellen wie „pro familia“ seit 1980 eingetrofen. Wieder einmal sind die hilfesuchenden Frauen die Betroffenen: Wegen Personalmangels kann es oft Wochen dauern, bis sie einen Termin für das Beratungsgespräch bekommen. Dann kann die gesetzliche Frist für einen legalen Abbruch (12 Wochen) schon überschritten sein.

Gleichberechtigung!

Damit jede Frau sich - auch zugunsten des ungeborenen Kindes - wirklich frei entscheiden kann, müssen zumindest die materiellen Rahmenbedingungen für ein menschenwürdiges Dasein für alle Beteiligten geschaffen

ÖTV-Forderungen ist deshalb irrtümlich der Mehrheit der Bevölkerung und muß notfalls auch mit Hilfe Solidaritätsstreiks der Straßenfahrer, Müllmänner, Metallarbeiter durchgesetzt werden. Der Europawahlkampf und Diskussion um den EG-Binnenmarkt könnte von der ÖTV für praktische Internationalismus im Interesse abhängig Beschäftigten genutzt werden. Sie könnte einen internationalen Erfahrungsaustausch mit Schwesterwerkerschaften in Großbritannien, Frankreich und Holland anstreben. Dort gab es in den letzten Jahren und Monaten ebenfalls Streiks des Kanakenhauspersonals. Die Iren dieser Streiks können enorm reich sein für das Pflegepersonal der BRD und einen erfolgreichen Kampf garantieren.

Hans Binnek, Stuttgart
Jungsozialist

werden. Neben dem Mindesteinkommen ist eine Voraussetzung für ein friedliches Familienleben die stützende Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Nur können sich Männer und Frauen Erziehung der Kinder gleichberechtigen teilen. Keine Flexibilisierung auf Kosten der Familien! Damit allem die Frauen nach der Geburt arbeiten gehen können, müssen ausreichende Plätze in guten, günstigen Kindertageseinrichtungen vorhanden sein. Die Kinderbetreuung bzw. -erziehung ist eine gesellschaftlich notwendige Aufgabe (keine Privatangelegenheit) und genauso wie die Schulpflichtung muß auch sie kostenlos vom Staat zur Verfügung gestellt werden. Schließlich muß es genügend billige und große Wohnungen geben, die das Leben mit Kindern auf zu engem Raum erzeugt nur Streß und Aggression auf allen Seiten. Nach dem Memminger Urteil trafen Gewerkschaften und SPD recht den Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen aufzunehmen; kriminialisierung von abtreibenden Frauen und fortschrittlichen Ärzten. Nur die Betroffene kann entscheiden ob für sie eine Notlage vorliegt. Wir mit den Frsten, Weg mit § 218! Fitz Garvie, Mutter von zwei Kindern und SPD-Mitglied, Köln

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name
Anschrift
Telefon
Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504

Ich möchte **VORAN** abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon
Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postcheckamt Essen, Bankleitzahl 360 10043, Konto-Nr. 2500 59-430

